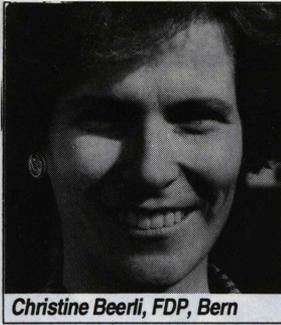




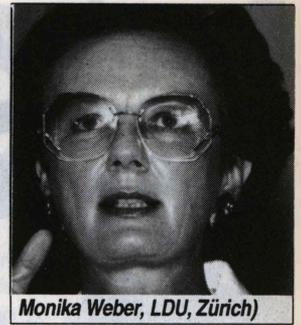
# FICHEN FRITZ



Christine Beerli, FDP, Bern



Rosmarie Simmen, CVP, Soloth.



Monika Weber, LDU, Zürich

**Frauenhosenlupf im Ständerat:** Für ihre Standhaftigkeit haben diese drei Frauen – wie auch Ratspräsidentin Josi Meier – ein herzliches Danke verdient. Sie liessen sich von ihren bürgerlichen Kollegen nicht unter Druck setzen und votierten geschlossen für die liberalere Einsichtsvariante. Diese konsequente Haltung setzte nicht zuletzt Bundesrat Koller unter Druck. Zum ersten Mal forderte er das Parlament «im Namen der Betroffenen» (!) dazu auf, endlich zu entscheiden. 87:65 für die Dossier-Einsicht lautete das klare Resultat.

## Endlich Einsicht !

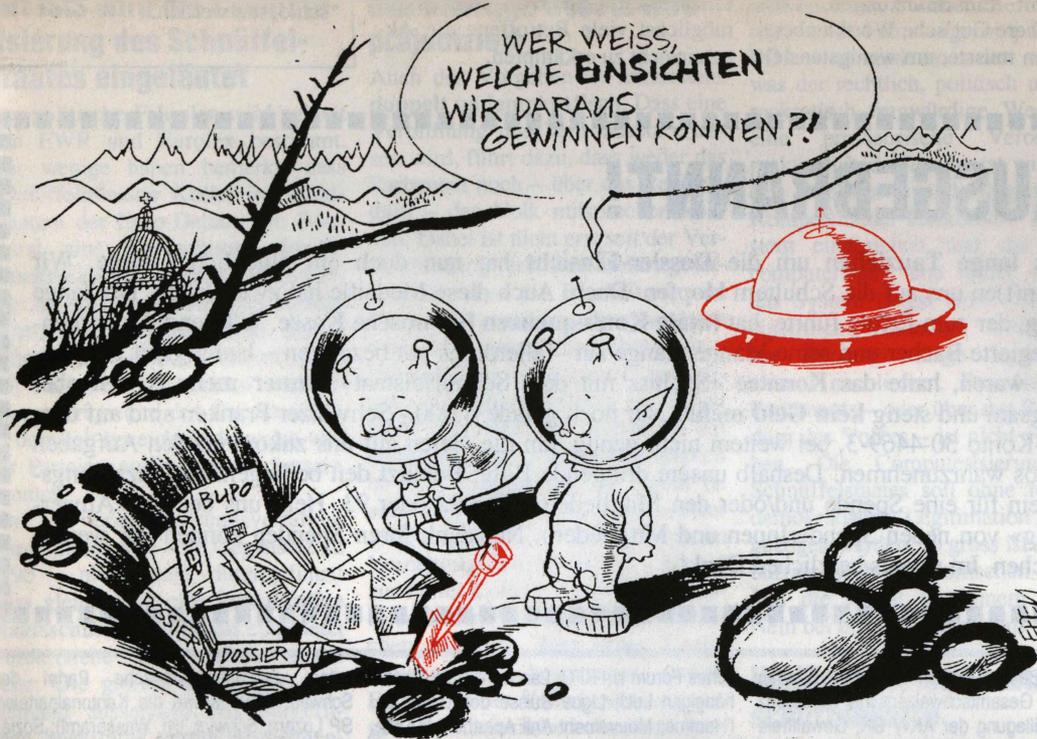
Ein Jahr Zeit nahmen sich die Eidgenössischen Räte, um das Dossiereinsichtsverfahren zu regeln. Jetzt ist die Entscheidung gefallen: Der Nationalrat hatte ein «Einsehen» und akzeptierte die vom Ständerat erarbeitete Lösung. Die einstigen Visionen von Fairness, Grosszügigkeit und vorbehaltloser Ehrlichkeit sind verflogen. Geblieben ist ein Kompromiss...

Das ist nicht glorios, aber besser als nichts. Besser vor allem als der Versuch einer Handvoll Rechtsbürgerlicher rund um den Waadtländer Nationalrat und Ex-Polizeichef Jean-François Leuba, die Dossiereinsicht zur Schadenersatz-Farce umzudefinieren, durch juristische Schikanen zu verunmöglichen.

Zum Glück gab es genug ParlamentarierInnen – in erster Linie im Ständerat – welche die staatspolitische Tragweite dieser Sache erkannten. Zum Glück gelang es ihnen, über Parteigrenzen hinweg eine Allianz des minimalen Anstands zu bilden. Das klare Ergebnis im Nationalrat beweist auch, dass hartnäckiger öffentlicher Druck doch ab und zu seine Wirkung tut. Dazu gehören sowohl die 700 UnterzeichnerInnen eines Offenen Briefes wie auch die unermüdlichen Anstrengungen unseres Komitees.

Doch machen wir uns nichts vor. Noch immer haben viele ParlamentarierInnen nicht wirklich begriffen, dass eine Einsicht ohne Umschweife, ohne falsche Rücksichten auf den eigenmächtigen Schnüffelapparat eigentlich eine Selbstverständlichkeit wäre. Die «classe politique» hält das Selbstverständliche nach wie vor für ein (zu) grosszügiges Geschenk.

Wir haben um die Gewährung einer Selbstverständlichkeit gekämpft, und mit Erfolg. Die Kehrseite ist: Wir sind heute finanziell ausgebrannt. Fazit: Der Ball liegt jetzt wieder bei den Betroffenen. Jetzt beginnt die Kleinarbeit rund um die Dossier-Einsicht. Damit wir diese Arbeit – im Interesse der Betroffenen – weiter leisten können, brauchen wir jetzt wieder finanzielle Unterstützung: **HOLT EURE DOSSIERS UND RETTET UNSER KOMITEE !** (Der Einzahlungsschein liegt bei).



**Verordnen**  
Koller fürchtet die Demokratie und flüchtet in die Verordnung  
Seite 3

**Briefe schreiben**  
700 Unterschriften bringen das Parlament doch noch zur Einsicht  
Seite 5

**Fichieren**  
Das EJPD flippt auf neue Computer – hängen bleiben Menschen  
Seite 12

# Dossiereinsicht zum Letzten



Mitglieder des Komitees empfangen die Ständeräte vor dem Bundeshaus

Es geschehen noch kleine Wunder. Nach dem wiederum äusserst knappen Entscheid im Ständerat – 23 zu 22 Stimmen für die Kompromisslösung – witterten die Hardliner im Nationalrat, Leuba und Ducret, Morgenluft. Sie konnten es wieder nicht lassen und stellten am 21. September 92 erneut Minderheitsanträge «zugunsten» einer faktischen Einsichtsverweigerung.

Die Rechnung ihres taktischen Manövers ging aber für einmal nicht auf. Bundesrat Koller war sichtlich genervt, fürchtete um die Betroffe-

nen (!) und die zur Untätigkeit verbannten Mitarbeiter des Sonderbeauftragten. Nationalrat Bonny (für einmal nicht so «ugly» wie im letzten Fichen-Fritz), votierte gegen seine FDP-Fraktion. Die CVP-Fraktion stellte sich endlich klar hinter den Ständerat. Damit war der Umschwung erreicht.

Allerdings: Die ständerätliche Kompromiss-Lösung ist keine gute Lösung. Oder anders ausgedrückt: Ein Sieg mit Einschränkungen. Dass eine frühere Gut'sche Wortklauberei erhalten musste, um wenigstens ei-

nem Teil der Fichierten Einsicht in die Akten zu ermöglichen, hinterlässt einen bitteren Nachgeschmack. Nur wer im allerersten Einsichtsbrief ausdrücklich Fichen und Akten verlangte, soll diese heute auch erhalten. Und auch dann nur, wenn ein genügendes Interesse von seiten der Betroffenen klargemacht werden kann. Der Sonderbeauftragte René Bacher ist es, der es in der Hand hat, diese Gummiparagrafen in die Tat umzusetzen. Und an uns liegt es, für möglichst viele Betroffene die Akteneinsicht zu erkämpfen.

## Der Beschluss

Art. 2 Geltungsbereich  
Er (der Bundesbeschluss, Anm. Red.) gilt nicht für Strafverfahrensakten, wenn das Verfahren am 16. Mai 1990 noch nicht eingestellt oder durch Urteil abgeschlossen worden ist.

Art. 4

1) Personen, die bereits vor dem 1. April 1990 Dossiereinsicht\* verlangt haben und in der Hauptregistratur des Polizeidienstes verzeichnet sind, werden angefragt, ob sie ihr Einsichtsgesuch aufrechterhalten.

2) Halten Sie innert 30 Tagen schriftlich an ihrem Gesuch fest, wird ihm entsprochen, wenn sich das geltend gemachte Interesse nicht als offensichtlich gering erweist und die Gewährung der Einsicht nicht einen unverhältnismässigen Aufwand erfordert.

\* Dies bedeutet, dass nur noch diejenigen Personen, die damals neben ihre Fiche auch ausdrücklich Einsicht in ihre Akten oder Dossiers verlangten, Einsicht erhalten sollen. Wer damals nur die Fiche verlangte, soll jetzt vom Dossier-Einsichtsverfahren ausgeschlossen werden.

## IMPRESSUM

Nr. 11, September 1992

Erscheint mindestens vierteljährlich

Telefon: 031/45 48 58

Druck: S&Z Print, Brig

Herausgeber: Komitee Schluss mit dem Schnüffelstaat, Postfach 6948, 3001 Bern

Sekretariat Komitee:

Catherine Weber

Postcheck-Konto: PC 30-4469-3, Komitee Schnüffelstaat, 3001 Bern.

Redaktion:

Othmar Bertolosi, Reto Gamma

Satz: Alternative, Urner Monatszeitung, 6460 Altdorf

Auflage: 10'000 Exemplare

## AUSGEBRANNT!

Das lange Tauziehen um die Dossier-Einsicht hat nun doch ein glückliches Ende. Wir könn(t)en uns auf die Schultern klopfen. Doch: Auch diese Medaille hat zwei Seiten. Der lange Weg, der zum Erfolg führte, hat fatale Konsequenzen für unsere Kasse. Während der Fichendelegierte Bacher und seine Mannen lange zur – allerdings gut bezahlten – Untätigkeit gezwungen waren, hatte das Komitee «Schluss mit dem Schnüffelstaat» immer mehr Arbeit aber langsam und stetig kein Geld mehr! Nur noch gerade 6'000.- Schweizer Franken sind auf dem PC-Konto 30-4469-3, bei weitem nicht genug, um die vielen auf uns zukommenden Aufgaben seriös wahrzunehmen. Deshalb unsere dringende Bitte: Benützt den beiliegenden Einzahlungsschein für eine Spende und/oder den Mitgliederbeitrag 92 oder 93. Helft uns bei der «Anwerbung» von neuen SpenderInnen und Mitgliedern. Nur dank Ihren Spenden können wir weitermachen. Im voraus herzlichen Dank!

Mitgliederorganisationen des Komitees «Schluss mit dem Schnüffelstaat»

(in alphabetischer Reihenfolge): Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt; Alternative Socialist Verte (Nyon); Anti-Apartheid-Bewegung AAB; Arbeitsgemeinschaft Rüstungskontrolle und Waffenausfuhr ARW; Beratungsstellen für Militärverweigerer; CEDRI; Centrale Sanitaire Suisse CSS; Christlicher Friedensdienst CFD; Combat Socialiste Jura; Contratrom Genf; COORDA Stäfa; Demokratische JuristInnen Schweiz DJS; Ecologie et Solidarité Fribourg; Erklärung von Bern EvB; Federazione Colonia Libere Italiane FCLIS; Forum für praxisbezogene Friedensfor-

schung Basel; Frauen für den Frieden Schweiz; Gesamtschweizerische Konferenz für die Stilllegung der AKW GK; Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst GAK; Gewerkschaft Textil Chemie Papier GTCP; Grüne Partei der Schweiz GPS; Grüne und Bunte Solothurn GuBS; Grünes Baselland; Grünes Bündnis Schweiz; Gruppe Olten; Gruppe Schweiz ohne Armee GSoA; Homosexuelle Arbeitsgruppe Bern und Zürich HAB & HAZ; Homosexuelle u. Kirche – Oekum. Arbeitsgruppe Zürich HuK; IG Rote Fabrik Zürich; Internationale Frauenliga für Frieden u. Freiheit; Junger Landesring der Schweiz JLDu; JungsozialistInnen Schweiz JUSA; Komitee gegen die Aushöhlung des Asylrechts; Kriti-

ches Forum Uri KFU; Landesring der Unabhängigen LDu; Ligue Suisse des Droits de l'Homme; Mouvement Anti Apartheid MAAS; MOZ Zürich; Netzwerk für Selbstverwaltung; NOGERETE; OFRA Schweiz; Partei der Arbeit Schweiz PdAS; Parti Chrétien Socialiste Fribourg PCS; Partito Socialista Ticinese; Partito Socialista Unitario PSU; POCH Zürich u. Basel; PRODUGA KünstlerInnengruppe; Quartierzentrum Kanzlei Zürich; Rassemblement Jurassien; Schweiz. Arbeiterhilfswerk SAH; Schweiz. Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände SAJV; Schweiz. Energie-Stiftung SES; Schweiz. Friedensbewegung; Schweiz. Friedensrat SFR; Schweiz. JournalistInnen-Union SJU; SGA-Zug; Soldatenko-

mittee; Sozialdemokratische Partei der Schweiz SPS; (sowie die Kantonalparteien SP Luzern, Schwyz, Uri, Wasseramt); Sozialistisch-Grüne Jugend Luzern SGJ; Sozialistische ArbeiterInnen Partei SAP; StudentInnen-schaft Uni Basel; SUB-Vorstand Uni Bern; Syndikat Schweiz. Medienschaffender SSM; Terre des Hommes Schweiz; Deutschschweizer Sektion; Verband Schweiz. FilmgestalterInnen; Verband Schweiz. Postbeamter; Verein Feministische Wissenschaft Schweiz; Verein Schweiz. Hanf-Freunde; Verein TAS; VPOD Kanton Solothurn; VPOD Schweiz; VSU Uni Zürich; Zürcher Arbeitsgemeinschaft für Jugendprobleme ZAGJP; Züri 1990.

# z'Verordnungs-Trickli



## Mit ISIS wird die Computerisierung des Schnüffelstaates eingeläutet

Der politische Fahrplan wird zurzeit von EWR und Eurolex bestimmt. Nur wenige haben bemerkt, dass Schnüffelminister Koller im Windschatten der Euro-Debatte im Bundesrat eine **Verordnung durchdrücken** konnte, welche die Grundlage für ein computerisiertes **Staatschutz-Informationssystem (ISIS)** bildet. Die fehlende Aufmerksamkeit steht im umgekehrten Verhältnis zur Tragweite des Handstreichs, zu dem sich bezeichnenderweise weder Parteien noch Kantone äussern konnten.

Ein Vernehmlassungsverfahren wurde dieses Mal – im Gegensatz zu 1990 – nicht mehr durchgeführt! Dass gleichzeitig eine **konsultative Staatsschutzkommission** eingesetzt wurde (siehe Artikel auf der letzten Seite: Die glorreichen Zwölf), der niemand ausserhalb des bürgerlichen Spektrums, dafür bezeichnenderweise aber ein Grossbankenvertreter angehört, macht die Sache auch nicht besser. Augenfalliger könnte kaum illustriert werden, dass **Staatsschutz nichts anderes als Herrschaftssicherung** bedeutet und die herrschenden Verhältnisse vor Veränderung schützen möchte.

## Das künftige Gesetz wird präjudiziert

Auch das Vorgehen ist mindestens **doppelt undemokratisch**. Dass eine Verordnung und kein Gesetz erlassen wird, führt dazu, dass weder das Parlament noch – über das Referendum – das Volk mitsprechen können. Dabei ist nicht erst seit der Verabschiedung des Datenschutzgesetzes klar, dass die Bearbeitung von besonders sensiblen Personendaten – um die es beim Staatsschutz geht – nur aufgrund einer formell-gesetzlichen Grundlage zulässig ist. Schon 1990 versuchte der Bundesrat ein erstes Mal, die Staatsschutzfähigkeit in einer Verordnung zu regeln (s. auch Fichen-Fritz Nr. 4, November 1990). Aufgrund massiver Kritik im Vernehmlassungsverfahren – bis hin zur Partei Kollers, der CVP – musste er diesen Versuch damals abbrechen und den Weg eines Staatsschutzgesetzes beschreiten, dessen Entwurf in der Vernehmlassung wegen der freiheitsbedrohenden Auswirkungen aber ebenfalls auf starke Kritik, so u.a. von FDP und CVP, gestossen ist. **Heute macht der Bundesrat nun ohne Vernehmlassung genau das, was damals formell und inhaltlich abgelehnt worden war.**

## RIPOL als Vorbild

Dass die vorliegende Verordnung als provisorisch bezeichnet wird,

hilft auch nicht weiter. Bereits einmal – beim Fahndungscomputer **RIPOL** – ist vordemonstriert worden, was der rechtlich, politisch und demokratisch fragwürdige Weg über eine provisorische Verordnung praktisch bedeutet. Zuerst wird – in der alleinigen und angemassten Kompetenz der Exekutive – das System eingerichtet und die Daten computerisiert, und später – wenn das System längst läuft – darf der eigentlich zuständige Gesetzgeber die Rechtsgrundlage irgendwann einmal nachliefern. Das Nein des Parlaments – oder über das Referendum des Volkes – ist nicht vorgesehen. Die Computerisierung des Schnüffelstaates soll ohne formell-demokratische Legitimation durchgezogen werden, so gross ist das Bedürfnis nach elektronischen Fichen und die Angst vor einem Volks-Nein bei einem Referendum.

## Vorläufig keine Staatsschutzdebatte

Eigentlich wäre jetzt, nachdem das Gespenst des Kommunismus nicht mehr existiert und der 'Terrorismus' – der ja sowieso immer vom Strafgesetz erfasst war – keinen Schrecken mehr erzeugt, eine Grundsatzdebatte über die Notwendigkeit eines präventiven Staatsschutzes bzw. der politischen Polizei in einer freiheitlichen Gesellschaft angesagt (wie auch der aus dem kalten Krieg

stammenden Staatsschutzdelikte im Strafgesetzbuch). Statt diese dringend nötige Diskussion demokratisch zu führen, so wie es in der staatlichen Kompetenzordnung unter Einbezug des Parlaments und des Volkes vorgesehen ist, präjudiziert der Bundesrat mit ISIS die Fortschreibung des alten Schnüffelstaates ins Computerzeitalter. Die SoS-Initiative («Schweiz ohne Schnüffel-polizei») wird ihn früher oder später dazu zwingen, sich dieser Diskussion zu stellen. Inzwischen sind, wie der Rückfall ins Fichenzeitalter zeigt, wieder alle Befürchtungen zugelassen.

## Neue Schnüffelweisungen

Die vom Bundesrat am 9. September 92 verabschiedeten **Weisungen über die Durchführung des Staatsschutzes** beweisen es: Wie zu «alten Zeiten» soll flächendeckend bespitzelt und registriert, gesammelte Daten ungehindert weitergegeben werden. Neu dabei ist lediglich der Vorwand für das **«intensive Sammeln von Informationen über Personen oder Vereinigungen zur Feststellung von Tätigkeiten, die vom Staatsschutzauftrag erfasst werden»**: Gewalttätiger Extremismus, Terroristische Aktivitäten, Nachrichtendienstliche Aktivitäten, Organisiertes Verbrechen oder eben alle Personen, die solche **Bestrebungen «begehen, befürworten oder in Kauf nehmen»!** Ficheneinträge wie etwa «A. steht eindeutig für den 'Kampf' des... ein» aufgrund eines Leserbriefs oder «Das Journalistenteam im Pressebüro F. unterstützt auf seine Art die Bestrebungen und Aktionen der...» aufgrund eines Zeitungsartikels werden also künftig weiterhin die Regel bleiben.

## Bundesrat Koller: Geübter Wortbrecher

Am 12. April 1991 anlässlich einer Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren-Konferenz erklärte Koller dezidiert: **«Diese heikle Staatsaufgabe (Staatsschutz) muss auf GESETZESSTUFE klar geregelt werden... Nur eine Minderheit befürwortet den Erlass einer vorläufigen Verordnung»**. Grosse Worte eines Bundesrats. So ganz ernst war es ihm aber wohl doch nicht mit diesem Versprechen. Kleiner Trost: Für einmal übt sich Koller nicht gegenüber den Fichierten im Wortbruch, sondern gegenüber Kantonen und Parteien. Da gibt es nur eine Forderung: **Übung sofort abbrechen!**

# Don't take it ISIS!

ISIS heisst das neue Zauberwort aus der Taubenstrasse. Fichen-Fritz zeigt hier die wichtigsten Begriffe aus diesem neuen «Big Brother».

Die im ISIS-System gesammelten und gespeicherten Daten – namentlich «Informationen in den Datenbanken Staatsschutz und nicht-staatsschutzrelevante Strafverfahren» – sollen vorerst mit verschiedenen Codes versehen werden:

- ◆ **p-Code** steht für provisorisch;
- ◆ **g-Code** für gesicherte Vorgangsdaten;
- ◆ **u-Code** für ungesicherte Vorgangsdaten;
- ◆ **k-Code** für kontrolliert.
- ◆ **Aufbewahrungsdauer: bis zu 30 Jahren!**

Die Computerdaten über präventiv-polizeiliche Abklärungen und Massnahmen sollen bis zu 15 Jahren, diejenigen aus Verfahren bis zu 30 Jahren aufbewahrt werden! Der Bundesrat beweist damit, dass er aus dem Fichenskandal rein gar nichts gelernt hat. Wie hielt doch die PUK in ihrem Bericht fest:

«Die PUK hat in konkreten Fällen festgestellt, dass nicht selten aus unsicheren Quellen stammende Informationen zu einem späteren Zeitpunkt als Tatsachen dargestellt und nachrichtendienstlich verwendet wurden. Hinzu kommt, dass die In-



formationen zu einem grossen Teil durch Zeitablauf entweder wertlos oder unrichtig geworden sind... und aufgrund von unrichtigen und überholten Informationen zwangsläufig falsche Schlüsse gezogen, durch die Weitergabe derartiger Daten Persönlichkeitsrechte verletzt werden.»

**Weitergabe von Daten an Private:** Trotz heftiger Kritik aus den eigenen Reihen hält der Bundesrat stur an der Weitergabe von BUPO-Daten

an Private wie auch an einen uferlosen Kreis von Amtsstellen fest. In der Vernehmlassung zum Staatsschutzgesetz hält u.a. die FDP fest: Die Weitergabe von Daten an Private ist «...mindestens psychologisch problematisch, ...besonders heikel...» und die CVP etwa meint: «Es bestehen starke Bedenken, ob an Private Informationen weitergegeben werden sollen...». In der ISIS-Verordnung werden über 20 Stellen und Ämter aufgezählt, die Zugriff zu den BUPO-Daten haben sollen.

## Jetzt bestellen: DOK ISIS

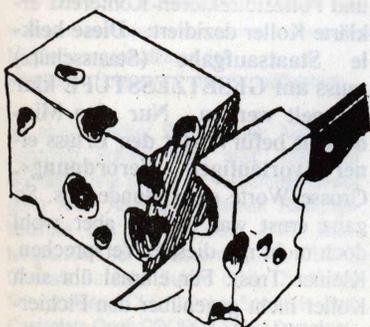
Die Verordnung zu ISIS wie auch die dazugehörigen Weisungen dazu sollen bereits am **1. Oktober 1992 in Kraft treten!** Die Unterlagen sind – ergänzt mit dem eidg. Datenschutzgesetz und dem Referat von Bundesrat Koller anl. der Justiz- und Polizeidirektorenkonferenz vom April 1991 – für Fr. 15.- inkl. Versandkosten erhältlich beim Komitee «Schluss mit dem Schnüffelstaat», Postfach 6948, 3001

## Sammeln auf Vorrat

Und das meinte Bundesrat Koller am 9. November 1990 vor der kant. Polizeidirektorenkonferenz:

«Es gibt jedoch nicht nur im Grenzbereich zwischen Akten des Bundes und der Kantone eine Grauzone, sondern auch zwischen relevanten und irrelevanten Informationen. Es ist nämlich gerade das Wesensmerkmal der präventiven Informationsbearbeitung, dass sich ein grosser Teil der ursprünglich berechtigten Verdachtsmomente später eben als irrelevant erweist». Henu-sode.

## Entwurf zum Staatsschutzgesetz: Ungemolkenener Käse



Als dieser Käse gemolken wurde, war Arnold Koller noch Bundesrat.

Am 1. Juli 1992 wurde die Auswertung der 64 eingegangenen Vernehmlassungen zum Staatsschutzgesetz (BGS) der Öffentlichkeit vorgestellt. Fazit: Prüfung nicht bestanden. Die meisten Kantone und Parteien verlangen eine stärkere gesetzliche Begrenzung der Staatsschutz-tätigkeit. Zahlreiche Kantone – das Tessin und die ganze Romandie – verlangen mehr Föderalismus: Sie lehnen die im BGS vorgesehene unmittelbare Aufgabenerteilung der Bundespolizei an die kantonalen Dienste entschieden ab. Die FDP hält den Entwurf – wohl in Anlehnung an die Käseproduktion – für «unausgereift», neue Begriffe wie etwa gewalttätiger Extremismus, oder verdeckte Fahnder sollen im Gesetz, so die Forderung der FDP, exakt definiert werden. Logischerweise müsste die FDP die ISIS-Verordnung mit «noch nicht gemolkenem Käse» kommentieren. Die SVP verlangt gar eine vollständige Überarbeitung des Entwurfs, die Aufgaben des Staatsschutzes seien zu unpräzise umschrieben. Besonders hart kritisiert wird Artikel 11, der die «geheime Informationsbeschaffung unter gewissen Voraussetzungen» erlaubt. Diese Bestimmung, so die Kritiker, beweise, dass beim Staatsschutz keine Neuorientierung zu erwarten sei. Demgegenüber aber verlangen einige wenige Kantone, dass Telefonabhörungen auch vor der Einleitung gerichtspolizeilicher Ermittlungen von politischen Behörden angeordnet werden können.

## Bundesrat lehnt SoS-Initiative ab



Ohne formellen Gegenentwurf – aber just am gleichen Tag wie die Auswertung zum Staatsschutzgesetz – äussert sich der Bundesrat zur SoS-Initiative, d.h. er lehnt sie, wie's zu erwarten war, kurz und bündig einfach ab. Kein Wort über einen möglichen Abstimmungstermin. Eigentlich logisch, denn: Mit der Inkraftsetzung der ISIS-Verordnung am 1. Oktober 92 sowie des Datenschutzgesetzes am 1. Juli 93 kann sich der Bundesrat Zeit lassen, unsere Initiative zur Abschaffung der Schnüffelpolizei dem Volk vorzulegen. Aber wie ist das mit dem Käse? Je reifer desto besser...

# 700 Unterschriften für ein Recht auf Einsicht!

1991 feierte die offizielle Schweiz ihr 700jähriges Bestehen, 1992 unterzeichnen über 700 Persönlichkeiten aus allen Landesteilen und allen politischen Lagern einen Offenen Brief an die Mitglieder der Bundesversammlung. Sie forderten die National- und StänderätInnen eindringlich dazu auf, allen Betroffenen ein rechtsstaatlich einwandfreies Einsichtsverfahren in die Akten zu ermöglichen. Der Brief hat seine Wirkung nicht verfehlt. Allen Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern sei an dieser Stelle sehr herzlich für ihre spontane Unterstützung gedankt.

**A** Matthias Aebi, Vorstand HAB, Bern; Franz Aeschbacher, Musiker, Bern; Felix Aeschlimann, Autor, Brissago; Sergio Agustoni, Redaktor, Zürich; Peter Albrecht, Dr. jur. Strafgerichtspräsident, Basel; Martin von Allmen, Funktionär GBH, Thun; Jörg Amann, Schriftsteller, Zürich; Jörg Ammann, Musiklehrer, Bern; Michele Andreoli, Redaktor, Zürich; Christine Andres, Sekretärin, Basel; Evi Andrist, dipl. Psychologin IAP, Zürich; Ernest Ansoorge, cinéaste, Etagnières; Gisèle Ansoorge, écrivaine, Etagnières; Anwaltskollektiv, Zürich;

**B** Regula Bachmann, Sozialgeographin, Schaffhausen; Muriel Bader, Choreographin, Tänzerin, Zürich; Renate Bänninger, Psychologin, Zürich; Willi Bär, Schreiber, Schaffhausen; Marianne Baitsch, Krankenschwester, Riehen; Andreas Balmer, Schriftsteller u. Journalist, Zürich; Christine Baltzer-Bader, Dr.jur., alt Landrätin FDP, alt Präsidentin der GPK Landrat BL, Liestal; Ruedi Bantle, Bürgergemeinderat, Basel; Yvette Barbier, Dr.med., Lausanne; Linard Bardill, Liederer, Chantautaur, Scharans; Jean Batou, enseignant, Genève; Remo Battaglia, GBH-Funktionär, Thun; Ester Bättig, Kosmopolitin, Luzern; Martin Bättig, Kunstmaler, Zürich; Alfred Bauer, Grafiker, Küssnacht; Kyra Bauer, Bibliothekarin, Küssnacht; Hans Baumann, Zentralsekretär GBH, Zürich; Iren Baumann, Schriftstellerin, Zürich; Sabine Baumgart, enseignante, Genève; Elisabeth Bäuml-Bill, lic. jur., Bern; Margrit Baur, Autorin, Zürich; Vincenzo Baviera, Bildhauer, Zürich; Dou-

## Offener Brief an die Mitglieder der Bundesversammlung

Sehr geehrte Damen, Sehr geehrte Herren

Demnächst entscheiden Sie definitiv, ob in die Dossiers der Bundesanwaltschaft Einsicht gewährt werden soll, wie es Tausenden von fichierten Personen verbindlich zugesichert worden ist.

Die Unterzeichnenden empfehlen Ihnen nachdrücklich, mit Ihrem Entscheid den Weg für ein faires Einsichtsverfahren zu ebnen.

Wer unter die Vergangenheit einen Schlussstrich ziehen will, muss bereit sein, sich ihr zu stellen. Gegen Heimlichkeit hilft nur Offenheit – diese kann allein mit der Offenlegung der Dossiers hergestellt werden.

Gewähr für eine rechtsstaatlich korrekte Akteneinsicht bietet die vom Ständerat vertretene Lösung. Sie schützt das Recht der Betroffenen, das ihnen sowohl in der bundesrätlichen Verordnung als auch in zahllosen Einzelverfügungen in aller Form zugesichert wurde.

Nur die ständerätliche Lösung genügt dem Grundsatz von Treu und Glauben, dem Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit. Diese Prinzipien sind zweifellos stärker zu gewichten als Fragen des Aufwandes.

Das vom Nationalrat vertretene Verfahren können wir nicht akzeptieren. Die Einsicht nur unter der Bedingung zu gewähren, dass ein Schaden glaubhaft gemacht werden kann, führt zu Willkür und zu langwierigen juristischen Streitigkeiten. Faktisch wird den Betroffenen als Einsichtsbedingung ein Beweis zugemutet, den sie oft nur nach Einsicht in die Akten erbringen könnten.

Deshalb, sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren, rufen wir Sie auf: Folgen Sie den ursprünglichen Anträgen Ihrer vorbereitenden Kommissionen. Geben Sie den Weg frei für eine rechtsstaatlich einwandfreie Dossiereinsicht.

Die Gewährung der Einsicht ist keine juristische Frage, sondern eine Frage der politischen Moral.

glas Beer, cinéaste, Genève; Irene Beer, Sekretärin, Zürich; Daniel Béguin, Student, Bern; Andreas Bellasi, Journalist BR, Malans; Urs Belsler, Datenschutzbeauftragter des Kantons Bern, Oberwil; Vital Bender, poète, Charrat; Bruno Benedetti, Musiker «Central Services», Bern; Charly Benoit, Regisseur, Hinterkappelen; Ulrich F. Benz, Dr. med., Basel; Babette Berger, Kunstmalerin, Bern; Gérard Berger, député, réd. en chef de «VO Réalités», La Chaux-de-Fonds; Sebastian Berger, Student, Ersigen; Susanne Berger-Wyss, Grafikerin, Ersigen; Ueli Berger, Bildhauer, Ersigen; Marcel Berlinger, Grafiker, Maler, Basel; Lilian Berna, Dr.phil. Psychoanalytikerin, Zürich; Benito Bernasconi, avvocato e notaio, Morbio; Toni Bernet, Redaktor «friedenszeitung», Zürich; Thomas Bernhard, Politologe, Bern; Gabi Bettina, Werkleh-

erin, Schaffhausen; Maja Beutler, Schriftstellerin, Bern; Andrea Bianchi, Rechtsanwalt, Grossrat, Chur; Sandro Bianconi, ricercatore, Minusio; Charles Biber, pasteur, journaliste, Moutier; Peter Bichsel, Schriftsteller, Bellach; Esther van der Bie, Fotografin, Illustratorin BR, Bern; Jean-Bernard Billeter, scénariste, Genève; Marco Bischof, Schriftsteller, Biberist; Isabelle Bissegger, historienne, Cugy; Paul Bissegger, historien, Cugy; Konrad Bitterli, Kunsthistoriker, St. Gallen; Paul Blaser, Laborleiter, Zürich; Anita Blöchliger Moritz, Kantonsrätin, Abtwil; François Blum, avocat, Genève; Sophie Blum, étudiante, Genève; Jeanne Boillat, infirmière-assist., Les Breuleux; José Boillat, électricien, Delémont; Christiane Bolanz-Favre, directrice, députée Gd.C. VD, Lomay; Max Bolliger, Schriftsteller, Hütten; Daniel Bolo-

mey, attaché de presse amnesty international, Lausanne; Monika Bolz, Rhythmiklehrerin, Fribourg; Otto Böni, Publizist, Zürich; Priska Boos, Lehrerin, St.Gallen; Olivier Bösch, Elektroniker, Bern; Hans R. Bosshard, Typograf, Zürich; Peter Bosshard, Sekretär EvB, Zürich; Verena Bosshard, Schauspielerin, Zürich; Irene Bosshart, Wirtin Gasthaus «Kreuz», Zelg-Wolfhalden; Res Bosshart, Schriftsteller, Dramaturg, Zürich; Claude Bovay, collab. scientifique Inst. d'éthique sociale de la FEPS, Lausanne; Federica Branca-Masa, insegnante, Ranzo; Veronica Branca-Masa, scultrice, Ranzo; Jolanda Brändli, Lehrerin, St.Gallen; Christoph Brandner, Genève; Beda Braun, Vorstand Homosexuelle u. Kirche, Zürich; Hansjörg Braunschweig, Dr.jur., Amtsvormund, alt Nationalrat, Dübendorf; Sylvia Braunschweig, Lehrerin, Dübendorf; Beat Brechbühl, Schriftsteller, Pfyn; Gérard Bregnard, artiste peintre, Bressaucourt; Claire Bridel, à la retraite, Epalinges; Alain Briggolf, cons. communal, prés. POP-NE, député, La Chaux-de-Fonds; Detlev Bruggmann, Journalist, Zürich; Erica Brühlmann-Jecklin, Schriftstellerin, Schlieren; Dominik Brun, Autor, Mittelschullehrer, Engelberg; Heinz Brunner, Kantonsrat SP, St.Gallen; Margrit Brunner, Freie Journalistin, Zürich; Peter Brunner, architecte, Lausanne; Franz Bucher, Kunstmaler, Horw; Pia Bucher, Horw; Louis Buchwalder, agriculteur, St.Ursanne; Frédéric Bühler, décolleteur, Delémont; Peter Bühler, professeur Université Neuchâtel; Werner Bucher, orte-Verlag, Zelg-Wolfhalden; Michel Buchs, secr. central FOBB, Lausanne; Erhard von Büren, Lehrer, Schriftsteller, Solothurn; Urs Burger, Plastiker, St.Gallen; Christoph Burkard, Agronom, Teufen; Urs Bürki, Gymnasiallehrer, St.Gallen; François Buttet, musicien, Lausanne; Richard Butz, Journalist BR, St.Gallen;

**C** Nico Cadsky, Karikaturist, Zürich; Claudia Caduff, Historikerin, Zürich; Eva Cafilisch, Fernsehredaktorin, Zürich; Miriam Cahn, Künstlerin, Basel; Athos Cairoli, docente CFPI, Gerra Piano; Claude Calame, professeur Université Lausanne, Les Granges; François Calame, professeur, Courtedoux; Marie-Claire Calame, Courtedoux; Marie-Claire Caloz-Tschopp, chercheuse, Lausanne; Roland J. Campiche, professeur Université Lausanne, directeur Bu-

reau romand de l'Institut d'éthique de la FEPS, Lausanne; Claude **Cantini**, ancien infirmier, Forel; Tita **Carlioni**, architecte, Rovio; Katia **Carobbio**, studente, Lumino; Camille **Carron**, agriculteur, Charrat; Jean-Pierre **Chappuis**, serrurier, St. Ursanne; Pierre **Chappuis**, professeur, Neuchâtel; Gaston **Cherpilod**, écrivain, Renens; Pierre **Chessex**, président Association pour l'Etude de l'Histoire du Mouvement Ouvrier, Lausanne; Jean **Chevallier**, physicien, Courroux; Marie-Antoinette **Chiarenza Hauser**, artiste plasticienne, Bienne; Jeanne **Comment**, Porrentruy; Jean-François **Comment**, artiste-peintre, Porrentruy; François **Conod**, écrivain, Lausanne; Françoise **Conod**, La Russille; Denise **Cornu**, psychanalyste, La Chaux-de-Fonds; Daniel **Costantino**, Vorstand HAB, Bern; Norberto **Crivelli**, insegnante, Sorrengo; Sonya **Crivelli-Forni**, pédagogue, Sorrengo; Fernand **Cuche**, député, Lignières;

**D** André **Daguet**, Zentralsekretär SPS, Bern; Johanna **Dahm**, Professorin, Künstlerin, Zürich; Antoinette **Daucourt**, animatrice AS, Delémont; Chérif **Defraoui**, artiste, Vufflens-le-Château; Sylvie **Defraoui**, artiste, Vufflens-le-Château; Tiziana **De Gottardi Venziani**, Responsabile Colonia dei Sindacati, Lumino; J.-Christophe **Despond**, éclairagiste, Massonnens; Jocelyne **Deville**, avocate, Genève; Andreas **Diekmann**, Professor, Bern; Richi **Diener**, Theaterschaffender, Chur; Andreas **Dietrich**, Journalist BR, Bern; Gisela **Distel**, Tontechnikerin, Bern; Herbert **Distel**, Audiokünstler u. Filmemacher, Bern; Janina **Distel**, Seminaristin, Bern; Jocelyn **Dobler**, St. Ursanne; Jean-Michel **Dolivo**, avocat, Lausanne; Louis **Domeniconi**, retraité CFF, Delémont; Madeleine **Domeniconi**, ménagère, Delémont; Myriam **Donzelot**, psychologue, écrivaine, Genève; Ruth **Dreifuss**, Sekretärin SGB, Bern; Christine **D'Souza**, Dr.med., Basel; Pierre **Dubay**, St.-Légier; Christian **Dütschler**, Student, Zürich; Adelheid **Duvanel**, Schriftstellerin, Basel;

**E** Marianne **Ebel**, professeur, Neuchâtel; Hilar **Eggel**, Theologe, Brig-Glis; Franz **Eggenschwiler**, Eriswil; Albert **Ehrismann**, Schriftsteller BR, Zürich; Marianne **Eigenheer**, Künstlerin, Gymnasiallehrerin, Basel; Peter **Emch**, Künstler, Zürich; Sergio **Emery**, pittore, Genticino; Marianne **Enckell**, CIRA, Lausanne; Philipp **Engelmann**, Autor, Zürich; Eugène V. **Epstein**, Schriftsteller, Feldmeilen; Roland **Erne**, Jugendsekretär GBH, Zürich;

**F** Urs **Faes**, Schriftsteller, Olten; Franzel **Fairchild-Geiger**, körperorientierte Bewusstseinsarbei-

terin, Basel; Fredy **Fässler**, Kantonsrat, St.Gallen; Hans **Fässler**, Kantonsrat, St.Gallen; Philippe **Favre**, géologue Université Lausanne; Hans-Jürg **Fehr**, Redaktor, Kantonsrat, Schaffhausen; René **Fehr**, Cartoonist, Zürich; Zita **Fehr**, Hausfrau, Zürich; Ingrid **Felix**, Administratorin EvB, Zürich; Monica **Feuz**, Kantonsrätin, Zug; Christine **Fischer**, Logopädin, Autorin, St.Gallen; Esther **Fischer-Homberger**, Prof.Dr.med., Alt-Grossrätin, Bern; Thomas **Fischer**, Lehrer, Zürich; Peter **Flubacher**, Dr.med., Ärzte f. Umweltschutz u. gegen den Atomkrieg, IV-Kommissionsarzt BS, Basel; Jürg **Flückiger**, Gassenarbeiter, Bern; Heinz **Forster**, Buchhalter, Zunzgen; Jean-Pierre **Fragnière**, professeur Université Lausanne; **Frauengewerkschaft der Schweiz**, Bern; Elisabeth **Freivogel**, lic.jur. LL.M., Advokatin, Binningen; Claudia **Frey**, Kunstmalerin, Muri; Giovanni **Frey**, medicina gen., Breganzona; Urs **Frieden**, Bundeshausjournalist, Bern; Bänz **Friedli**, Journalist BR, Bern; Richard **Friedli**, Professor für Religionswissenschaften Universität Fribourg, Gisviez; Michel **Froidevaux**, politologue, Lausanne; Therese **Frösch**, Sekretärin VPOD Bern Kanton, Bern; Walter **Fuchs**, Seminarlehrer, Präsident SP-SG, Rorschach; Ursula **Fürst**, Zeichnerin, Zürich;

**G** Bruno **Gadola**, Gemeinderat, Allschwil; Fritz **Gafner**, Pfarrer, Schriftsteller, Zürich; Jean-Marc **Gaillard**, sculpteur, Reinach; Roberto **Gallina**, segretario Unione Sindacale del Ticino, Lugano; Ruth **Gallmann**, pensionata, Massagno; Claire **Garin**, sociologue, secr. section vaudoise Ligue des Droits de l'Homme, Lausanne; Stefan **Gassnetroufal**, Dr.jur., Oberrichter BL, Binningen; Annemarie **Gassmann**, retraitée, Delémont; Roland **Gassmann**, retraité, Delémont; Georg **Geiger**, Dr.phil, Basel; Christoph **Geiser**, Schriftsteller, Berlin; Hélène **Geiser**, Rentnerin, Basel; Thomas **Geiser**, Dr.jur., Bern; Adrian Markus **Gerber**, Vizepräsident JLDU Schweiz, Basel; Daniel **Gerber**, ancien député, ancien prés. Comm. de la justice et des pétitions parlement JU, Le Prédame; Ernst P. **Gerber**, Redaktor, Bern; Frank **Gerber**, Musiker «Central Services», Bern; Dario **Ghisletta**, insegnante, vicesindaco di Bellinzona, Bellinzona; Viktor **Giacobbo**, Kabarettist, Winterthur; Linda **Giacometti**, enseignante, Lausanne; Claire-Lise **Gilliérou**, pédagogue, Mézières; Elios **Giorgetti**, direttore, Gerra Piano; Michel **Glardon**, député Gd.C. VD, Lausanne; Pierre **Gobet**, Aktion «Gsundi Gsundheitspolitik», Zürich; Liliane **Goldberger**, Journalistin, Gemeinderätin; Wädenswil; Alberto **Gomez**, Musiker 'Central Services', Ostermündigen; Frédéric **Gonseth**, cinéaste,

Seigneur; Frédéric **Graf**, maître secondaire, Moutier; Catherine **Grandjean**, ergothérapeute, Orbe; Pierre-Alain **Grandjean**, ergothérapeute, Orbe; Ruth **Greiner**, Gemeindepäsidentin, Allschwil; Kaspar von **Greyerz**, Privatdozent Universität Bern; Anne-Lise **Grobéty**, écrivaine, Cernier; Kurt **Grosskopf**, Basel; Trudi **Grosskopf**, Basel; Erich **Gruner**, Prof.Dr.em., Politische Wissenschaften und Sozialgeschichte Universität Bern; Dorothee **Gruner-Burckhardt**, Gymnasiallehrerin, Mitglied GGR Köniz, Wabern; Beat **Grüninger**, Redaktor, Schaffhausen; Hanspeter **Gschwend**, Journalist, Roveredo; Sebastian **Guex**, historien, Lausanne; Elda **Guidinetti**, scrittrice, Meride; Tim **Guldemann**, Bundesbeamter EDI, Bern; Sylvia **Gwerder**, Tänzerin u. Musikerin, Biel; Remo **Gysin**, alt Regierungsrat, Basel;

**H** François **Hainard**, professeur sociologie à l'Université, Neuchâtel; Jacqueline **Halder**, Landrätin, Einwohnerrätin, Allschwil; Anne-Marie **Haller**, Journalistin BR, Bern; Sylvia **Haller**, Sekretärin, Bern; Marc **Haltiner**, Président JLDU Schweiz, Kreuzlingen; Fredi **Hänni**, Journalist, Bern; Reto **Hänni**, Schriftsteller, Zollikon; Yves **Hanggi**, graphiste, Porrentruy; Alex **Hanimann**, Künstler, St.Gallen; Marianne **Hanimann-Thurnheer**, Lehrerin, St.Gallen; Urs **Hartmann**, Grafiker, Einwohnerrat, Allschwil; Simone **Hauert**, rédactrice, La Tour-de-Peilz; Christine **Hauser**, employée de commerce, La Tour-de-Peilz; Daniel **Hauser-Chiarenza**, Künstler, Biel; René **Hausheer-Kaufmann**, Theologe, Zürich; Astrid **Hausherr Fischer**, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Zürich; Urs **Hausherr**, Kantonsrat, Rotkreuz; Cornelia **Heeb**, kaufm. Angestellte, Wald-Schönengrund; Heinrich **Hemmi**, Lehrer, Biel-Benken; Kunie **Hemmi**, Logopädin, Biel-Benken; Jürg **Hengstler**, cand.med., Basel; Claude **Hentz**, Koordinator, Zürich; Rico K. **Herold**, Nachrichtensprecher SRG u. Schauspieler, Bern; Peter **Hersche**, Prof.Dr.phil, Historiker, Ursellen; Walter **Herter**, Liga f. Menschenrechte, St.Gallen; Anna **Herzig**, Kindergärtnerin, Bern; Elisabeth **Herzig**, Gemeinderätin, Rüdtiligen-Alchenflüh; Heinz **Herzig**, Prof.Dr.phil., Rüdtiligen-Alchenflüh; Heiner **Hesse**, literarische Verwaltung des Werkes von Hermann Hesse, Arcegnò; Olivia **Hessler**, Photographin, Zürich; Hans Rudolf **Hilty**, Dr., Jona; Vilma **Hinn**, Journalistin, Zürich; Beat **Hirsbrunner**, professeur à l'Université, Fribourg; Ursula **Hirt**, Sozialarbeiterin, Bern; Andreas **Hobi**, Lehrer, St.Gallen; Paola **Höchner-Gallicani**, Mitglied Grosser Rat, St.Gallen; Sepp **Hofer**, Vorstand HuK, Zürich; Grety **Hoffmeyer**, députée, Bassecourt; Agnes **Hohl**,

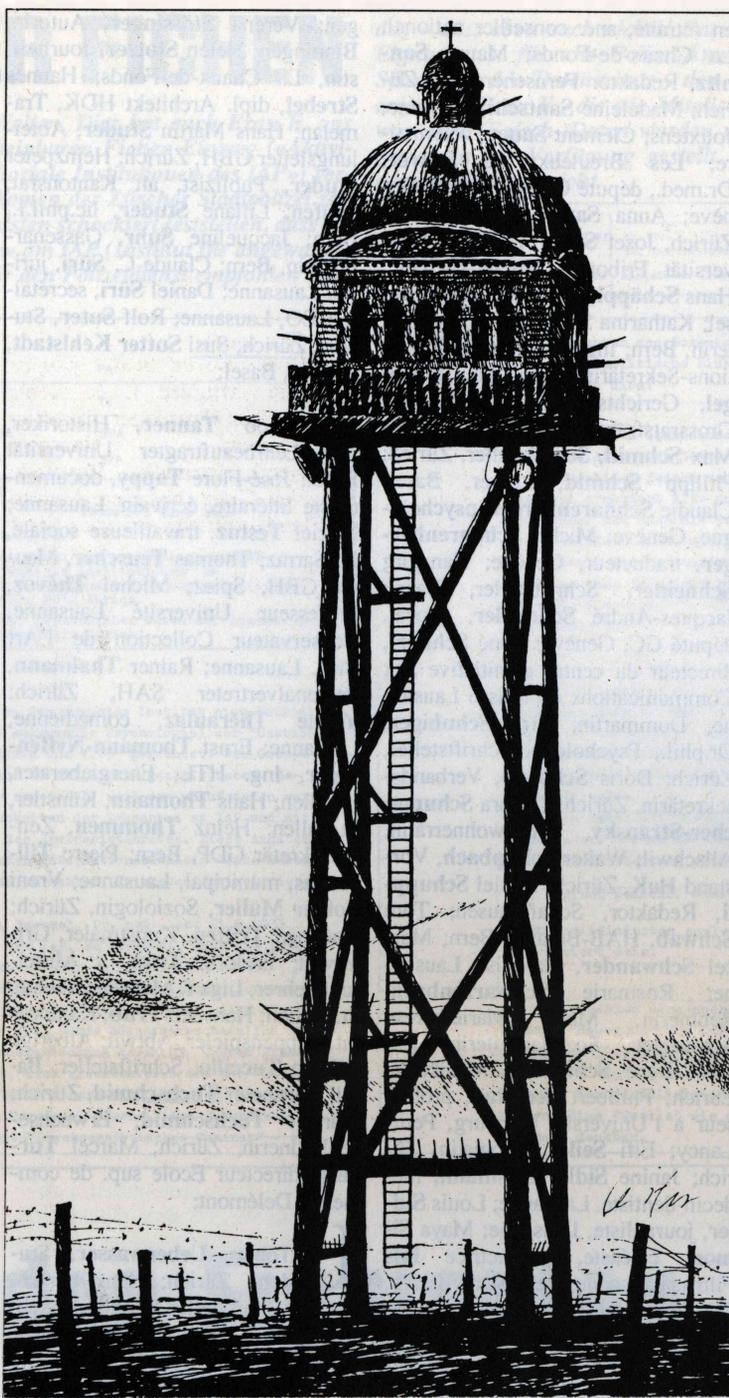
Frauen f.d. Frieden, Zürich; August E. **Hohler**, Dr. phil., Psychologe u. Publizist, Basel; Franz **Hohler**, Schriftsteller, Zürich; Ursula **Hohler**, Psychologin, Zürich; Monika **Holzer**, Einwohnerrätin, Allschwil; Claudia **Honegger**, Prof.Dr., Inst. f. Soziologie Universität Bern; Rolf **Hörler**, Lehrer, Schriftsteller, Wädenswil; Alexa **Hörler-Reichlin**, Primarlehrerin, Wädenswil; Urs **Hostettler**, Schriftsteller, Spieleautor, Bern; Ralf **Hotz**, Vorstand HAB, Bern; Peter **Huber**, historien, Genève; Peter **Hug**, lic.phil., Assistent historisches Institut Universität Bern; Anton **Hügli**, Direktor des Pädagogischen Instituts Basel-Stadt; Heidi **Hügli**, Lehrerin, Grossrätin, Basel; Ernst **Hunziker**, Dr.med., Zürich; Gardi **Hutter**, Clown, Arzo; Regula **Hutter**, Hessigkofen; Schang **Hutter**, Bildhauer, Hessigkofen; Kurt **Hutterli**, Schriftsteller, Bern; Marianne **Hutterli**, Legasthenietherapeutin, Bern; Priska **Hutterli**, Studentin, Bern; Rita **Huwiler Weissen**, Koordinatorin, Brig;

**I** Alain **Imhof**, juriste, Lausanne; **INFRA**, Bern; François **Iselin**, architecte, Epalinges; Gilberto **Isella**, scrittore e insegnante, Lugano; Peter **Isenegger**, Auslandskorrespondent DRS, London; Elisabeth **Jacob**, Journalistin, Zürich; Claua **Janiak**, Dr.jur. Advokat, Präs. SP-BL, Binningen; Claire **Jaquier Kaempfer**, enseignante, Lausanne; Maxim **Jeanbourquin**, enseignant, Saignelégier; Verena **Jegher-Bucher**, Dr.theol., Basel; Anne **Jenny**, comédienne, Atallens; Marie-Claude **Jenny**, secrétaire-comptable, Villars-sur-Glâne; Markus **Jenny**, Prof.Dr., Pfarrer i.R., Ligerz; Pierre **Jomini**, architecte EPFL, Lausanne; Drusilla **Joost**, infirmière, Ollon; Nicolas **Joost**, étudiant, Ollon; Pierre **Joost**, musicien, Ollon; Michael **Jordi**, Sekretär VPOD Bern-Kanton, Bern; Hansulrich **Jost**, professeur d'histoire, Lausanne; Huguette **Jumod**, écrivaine, enseignante, Genève; Philippe **Junod**, professeur Université Lausanne; Roger-Louis **Junod**, écrivain, Neuchâtel;

**K** Vera **Kaa**, Sängerin, Zürich; Jean **Kaempfer**, enseignant, Lausanne; Jean-Daniel **Kaestli**, professeur Université Lausanne; Peter **Kamber**, Historiker, Zürich; Urs **Karpp**, Schriftsteller, Biel; Ueli **Kaufmann**, Landrat BL, Präsident Begnadigungs- und Petitionskommission, Birsfelden; Othmar **Keel**, Professor, Fribourg; Peter **Keimer**, Präsident VPOD-Schweiz, Bern; Ernst **Keller**, Sekretär GBH, Thun; Walter **Kellerhals**, Jurist, Einwohnerrat, Allschwil; Jochen **Kelter**, Schriftsteller, Sekretär Gruppe Olten, Tägerwilen; Katharina **Kerr**, Journalistin, Einwohnerrätin, Fraktionschefin, Aarau; Maria **Kiener**, PTT-Beamtin, Heimiswil; Ulrich **Kiener**, Fürsprecher, Grossrat,

Heimswil; Ursula **Kenel**, Flüchtlingsbetreuerin, Horgen; Martin **Killias**, professeur à l'Université de Lausanne, Bocher; Raffaele **Kirrmann**, Lehrerin, Hausfrau, Basel; Werner **Klaus**, Dr., alt Gemeindepräsident, Allschwil; Toni **Kleimann**, Kantonsrat, Steinhausen; Eduard **Klopfenstein**, Professor Universität Zürich; Peter **Knill**, Modellbauer, St.Gallen; Urs **Koch**, medico, Massagno; Claudine **Kohler Amgwerd**, Courtételle; François **Kohler**, historien, Delémont; Jean-Pierre **Kohler**, professeur, Courtételle; Marie-Thérèse **Kohler**, mathématicienne, Delémont; Nelly **Kohler**, Frauen f.d. Frieden, Zürich; Lilo **König**, Produga KünstlerInnengruppe, Zürich; Martin **Körner**, Professor Dr. f. Schweizergeschichte, Stettlen; Ursina **Kramer**, Studentin, Zürich; Werner **Kramer**, Professor Dr. theol. Universität Zürich; Susanne **Kramer-Friedrich**, Redaktorin, Zürich; Peter Johannes **KraSKA Rex**, Madrid; Susanna **Krebs**, Gysenstein; Hanspeter **Kriesi**, professeur science politique Université Genève; Jean **Kunz**, secrétaire F.O.B.B., Fribourg; Rosmarie **Kunz**, Vorstand neue PdA, Basel; Arnold **Künzli**, Zürich; Hélène **Kunzmann**, infirmière, La Chaux-de-Fonds; Anna **Kurth**, Mittelschullehrerin, Zürich; Rosmarie **Kurz**, Publizistin, Habstetten;

**L** Judith **Ladner**, Vizepräsidentin JLDu Schweiz, St.Gallen; Monique **Laederach**, écrivaine, Colombier; Nicolas **Lampert**, étudiant, Bellevue; Rita **Lanz**, MOZ, Zürich; Friedy **Lässer**, Hausfrau, Schönenwerd; Paul **Lässer**, Pensionär, Schönenwerd; Lore **Lässer Oberholzer**, Sprachlehrerin, Schönenwerd; Claude **Laville**, député, prés. du PCSI, Rocourt; Martial **Leiter**, dessinateur, Lausanne; Yvonne **Lenzlinger**, Zürich; Susanne **Leutenegger-Oberholzer**, alt Nationalrätin, Allschwil; Fritz **Leuthy**, alt Sekretär SGB, Bern; René **Levy**, professeur à l'Université de Lausanne, Mézières; Annemarie **Liechti**, Zürich; Heinz **Liechti**, Zürich; Walter **Liechti**, Pensionär, Zürich; Mary **Lienhard**, Malerin, Bern; Reto **Lienhard**, Lägigs Zofige, Zofingen; Franz **Lindau**, Seminarlehrer, Wabern; Hannes **Lindenmeyer**, Abteilungsleiter Inland SAH, Zürich; August **Lindt**, Dr.jur., alt Präsident, Bern; Koni **Loepfe**, Präsident SP Stadt Zürich; Catherine **Loetscher**, secrétaire d'Ecologie et Liberté, Neuchâtel; Francis **Loetscher**, anc. conseiller national, St.Imier; Josiane **Loetscher**, aide-infirmière, St.Imier; Charles **Lombard**, écrivain, La Chaux-de-Fonds; Claude **Longchamp**, Politikwissenschaftler, Bern; René **Longet**, coprésident comité central PSS, Genève; Agi **Luchetta**, kaufm. Angestellte, Niederteufen; Olivier **Luder**, député JU, Saingelégier; Maja **Lüscher**, Genève; Ambros **Lüthi**, Pro-



Martial Leiter (Mitunterzeichner), «Festgenagelt», Limmat Verlag, 1980

fessor, Fribourg; Martin **Lüthi**, Vorstand HAB, Bern; Ruth **Lüthi**, Staatsrätin, Fribourg;

**M** Georges **Maeder**, professeur, Delémont; Ueli **Mäder**, Soziologe, Basel; Annik **Mahaim**, journaliste, Baulmes; Otto **Marchi**, Schriftsteller, Luzern; François **Masnata**, professeur de science politique à l'Université de Lausanne, Fenil-sur-Corsier; Janine **Massard**, écrivaine, Lausanne; Samuel **Maurer**, pens. Erwachsenenbildner, Habstetten; Jürg **Meier**, Schriftsteller, Winterthur; Erika **Meier-Kolbe**, Hausfrau, Neerach; Hansruedi **Meier-Kolbe**, Schriftsteller, Neerach; Maurice **Meier**, mécanicien, Moutier; Claudio **Mésoniat**, giornalista SSR, Lugano; Véronique **Mermoud**, actrice, co-directrice Théâtre des Osses Givisiez, Attalens; E.Y. **Meyer**, Schriftsteller, Bern; Elisa-

beth **Meylan**, Schriftstellerin, Basel; Inge **Michel**, Kostümbildnerin, Bern; Markus **Michel**, Schriftsteller, Bern; Philippe **Micol**, Musiker, Bern; Claude **Miéville**, Dr. psychiatre, Vevey; Susanne **Minder**, Psychologin, Zürich; Jean-Marie **Miserez**, député au parlement JU, Saingelégier; Miklos **Molnar**, professeur, Genève; Marco **Mona**, Rechtsanwalt, Fichendelegierter der Stadt Zürich; Tiziana **Mona**, Präsidentin SSM, Grüningen; Nelly **Monnin**, retraitée, Sonceboz; Odile **Montavon**, députée au parlement JU, Delémont; Nicolas **Morel**, ing. physicien EPFL, député au Grand Conseil VD, Préverenges; Christoph **Morgenthaler**, Professor theol., Muri BE; Georg **Morger**, lic.jur., alt Kantonsrichter, (ehem. Fichendelegierter des Kantons SG), St.Gallen; Christoph **Müller**, Prof.Dr.theol., Hölstein; Johanna **Müller-Von der Mühl**, Ba-

sel; Hans-Peter **Müller**, Professor Universität Zürich; Philippe **Muller**, professeur hon. de l'Université Neuchâtel; Peter **Münzer**, Filmschaffender, Zürich; Danièle **Mussard**, artiste, Lausanne; Gilbert **Musy**, La Russille;

**N** Peter **Nabholz**, Sekretär GBH, Zürich; Karl **Naeher**, Rentner, Basel; Peter **Naeher**, Techn. Angestellter, Basel; Ueli **Nagel**, Biologe, Dr.phil.II, Zürich; Anna Maria **Nava**, già membro Gran Consiglio, Stabio; Giancarlo **Nava**, direttore scuola media, Ligonetto; Bastian **Naville**, méc. moto, La Sarraz; Bernard **Naville**, garagiste, La Sarraz; Heidi **Nef**, Bern; Walter **Nef**, Biologe, Bern; Alberto **Nessi**, insegnante e scrittore, Coldrerio; Andreas **Nidecker**, PD Dr. med. Radiologe FMH, Basel; Bernd D. **Niebuhr**, Redaktor, Präsident SJU, Zollikerberg; Rolf **Niederhauser**, Schriftsteller, Basel; Marie-Rose **Niklaus**, Biel-Benken; Philippe **Nordmann**, avocat, Lausanne; John **Nosedà**, avvocato, deputato Gran Consiglio, Viganello; Marie-Anne **Noth**, Sekretärin, Bern; Eva **Novak**, Journalistin BR, Spiegel b. Bern; András **November**, professeur, député écologiste, Genève; Gabriel **Nusbaumer**, directeur, Pleigne; Guido **Nussbaum**, Bildender Künstler, Basel; Hans **Nyffeler**, Schreiner, Aarwangen; Johanna **Nyffenegger Thomann**, kaufm. Angestellte, Ursellen;

**O** Alex **Oberholzer**, Dr.phil.nat., Biologe, Seminarlehrer, Solothurn; Jean-Marc **Oeuvaray**, député suppl. au parlement JU, Charmoille; OFRA, Schweiz, Bern; Giovanni **Orelli**, Lugano; Henri **Oppliger**, prés. POP, La Chaux-de-Fonds;

**P** Erto **Paglia**, PST, Faido; Jean-Jacques **Pahud**, médecin, La Tour-de-Peilz; Ioannis **Papadopoulos**, professeur à l'Université, Lausanne; Elisabeth Goldy **Parin-Mattè**, Psychoanalytikerin, Zürich; Paolo **Parin**, Dr.med. Psychoanalytiker, Schriftsteller, Zürich; Pierrette **Parriaux**, SSP, Lausanne; Claudia **Patocchi**, insegnante, Lugano; Lorenz **Pauli**, Kindergärtner, Bern; Christian **Pauli**, Musiker, Bern; Monique **Pavillon**, assistante de recherche, Université Lausanne; Olivier **Pavillon**, conservateur de musée, Lausanne; Vasco **Pedrina**, Zentralpräsident GBH Schweiz, Zürich; Alexandre **Perakis**, architecte, Lausanne; Daniel **Perdrizat**, avocat, Neuchâtel; Marc **Perrenoud**, historien, Neuchâtel; Anne-Catherine **de Perrot**, sociologue, Zurich; Georges **Peters**, professeur, député Grand Conseil VD, Lausanne; Jean-Louis **Petignat**, professeur, Delémont; Francesca **Pettenati**, Schülerin, Zollikofen; Walter **Pfister**, Vorstand HuK, Zürich; Saskia **Pfleghard**, étu-

diante, Genève; Monique **Picard**, traductrice, Berne; Christian **Piguat**, président cantonal Ecologie et Liberté NE, député, Neuchâtel; Françoise **Pitteloud**, anc. conseillère nationale, Lausanne; Amélie **Plume**, écrivaine, Genève; Gusti **Pollak**, Gysenstein; Katharina **Prelicz-Huber**, Sozialarbeiterin, Gemeinderätin, Zürich; Roman **Prelicz-Huber**, Designer, Zürich; Ruth-Nunzia **Preisig**, Erwachsenenbildnerin, Chur; Jean-Claude **Prince**, secr. FTMH, député au parlement JU, Delémont; Gabi **Progin Duarte**, animatrice syndicale, Fribourg; Bernhard **Pulver**, Generalsekretär GPS, Bern; Fabio **Pusterla**, insegnante, Lugano;

**R** Hans **Raaflaub**, Schriftsteller, Seminarlehrer, Köniz; Isabelle **Rastoldo**, avocate, Genève; Eugen N.A. **Rauber**, Schriftsteller, Neuendorf; Raphaël **Rausis**, coiffeur, Orsières; Gianni **Realini**, pittore, Agno; Pascal **Rebetez**, rédacteur, Mervelier; Philippe **Rebetez**, député au parlement JU, Delémont; Luc **Recordon**, avocat, député Gd.C. VD, municipal et communal, Joux-Mézery; René **Regenass**, Schriftsteller, Basel; Georg **Rehsteiner**, Photograph, Vuflens-le-Château; Christoph **Reichenau**, Fürsprecher, Bern; Hans-Peter **Renk**, bibliothécaire, Neuchâtel; Henrik **Rhyn**, Journalist, Bösingen; Mireille **Richter**, Lehrerin, Basel; Ursula **Riederer**, Journalistin, Malans; Roland **Riklin**, Betriebsökonom HWV, St.Gallen; Christian Nils **Robert**, professeur à l'Université Genève; Martino **Rossi**, economista, Breganzona; Paolo **Rossi**, geografo, urbanista FUS, Agno; Colette **Rossier**, urbaniste, Vevey; Jean-Paul **Rossier**, secr. syndical F.O.B.B., Vevey; Jean-Claude **Rossinelli**, enseignant, Les Genevez; Doris **Röthlisberger**, Bewegungstherapeutin, Wabern; Max **Röthlisberger**, Bühnenbildner, Zürich; Trudi **Röthlisberger**, Zürich; Urs **Röthlisberger**, Buchhalter VPOD, Bern; Dominique **Rouge**, architecte, Lausanne; André **Roy**, mécanicien, St.Ursanne; Louis-Pierre **Roy**, enseignant, membre CRT, Bussigny; Franco **Da Rozzo**, Kulturverein Ochsen, Zofingen; Claire **Rubattel Masnata**, enseignante, Fenil-sur-Corsier; Franz **Rueb**, Publizist, Zürich; Marianne **Rückl Meier**, Luzern; Beat **Rüegger-Portmann**, Lehrer, Basel; Marina **Rüegger-Portmann**, Krankenschwester, Basel; Dorothea **Rüesch**, Sekretärin EvB, Zürich; Nicolas **Rutz**, artiste-peintre, Lausanne;

**S** Jean-Rodolphe **von Salis**, emer. Professor der ETH Zürich, Brunegg; Edgar **Salzmann**, Polizeipräsident, Naters; Hans **Saner**, Professor, Basel; Alexander **Samis**, cand.jur., Allschwil; Amélie **Sandoz**, bibliothécaire, La Chaux-de-Fonds; André **Sandoz**, magistrat

en retraite, anc. conseiller national, La Chaux-de-Fonds; Mauro **Sannitz**, Redaktor Fernsehen TSI, Zürich; Madeleine **Santschi**, écrivaine, Jouxpens; Clément **Saucy**, vétérinaire, Les Breuleux; A. **Saurer**, Dr.med., député Grand Conseil, Genève; Anna **Sax**, Sekretärin EvB, Zürich; Josef **Sayer**, Professor Universität Fribourg, Villars-s.-Glâne; Hans **Schäppi**, Präsident GTCP, Basel; Katharina **Schanz**, Gassenarbeiterin, Bern; Inge **Schillinger**, Direktions-Sekretärin, Basel; Paul **Schlegel**, Gerichtspräsident, Präs. SP-Grossratsfraktion St.Gallen, Weite; Max **Schmid**, Schriftsteller, Zürich; Philipp **Schmid**, Lehrer, Basel; Claudie **Schnarenberger**, psychologue, Genève; Michel **Schnarenberger**, traducteur, Genève; Hansjörg **Schneider**, Schriftsteller, Basel; Jacques-André **Schneider**, avocat, député GC, Genève; René **Schnorf**, directeur du centre d'Initiative aux Communications de Masse Lausanne, Dommartin; Jürg **Schubiger**, Dr.phil., Psychologe, Schriftsteller, Zürich; Doris **Schüepp**, Verbandssekretärin, Zürich; Debora **Schumacher-Stransky**, Einwohnerrätin, Allschwil; Walter **Schüpbach**, Vorstand HuK, Zürich; Daniel **Schuppeli**, Redaktor, Schaffhausen; Tom **Schwab**, HAB-Berater, Bern; Marcel **Schwander**, Publizist, Lausanne; Rosmarie **Schwarzenbach**, Rentnerin, Muri; Marietherese **Schwegler**, Sozialarbeiterin, Luzern; Irène **Schweizer**, Musikerin, Zürich; Philibert **Secretan**, professeur à l'Université Fribourg, Petit-Lancy; Elfi **Seiler**, Drogistin, Zürich; Janine **Sidler-Erismann**, médecin-dentiste, Lausanne; Louis **Sidler**, journaliste, Lausanne; Maya **Simon**, cinéaste, productrice Eôs Films, Lausanne; Beat **Sitter-Liver**, PD Dr.phil., Generalsekretär, Bern; Beatrix **Sitter-Liver**, Künstlerin, Bern; Nando **Snozzi**, artista, Bellinzona; Tristan **Solier**, artiste peintre, Porrentruy; Agnes **Solothurnmann**, Kindergärtnerin, Bern; Jürg **Solothurnmann**, Musikwissenschaftler, Radioredaktor, Bern; Gregor **Sonderegger**, Student, Zürich; Andrea **Sorg**, Journalist, Schaffhausen; Gerold **Späth**, Schriftsteller, Wagen/Rapperswil; Irma **Sprunger**, Buchhalterin, Basel; Jacques **Stadelmann**, maire de Delémont, député au parlement JU, Delémont; Mucci **Staglieno Patocchi**, pittrice, Breganzona; Aïda **Stähli**, Stud. KME Zürich, Sulzbach; Manuela **Stähli-Legnazzi**, Lehrerin, Bern; Simon **Stalder**, Künstler, Assistent, Köniz; Gert **Stäuble**, Musiker 'Central Services', Bern; Heinz **Staufer**, Redaktor, Schaffhausen; Regina **Stauffer**, Präsidentin VPOD Zürich Lehrberufe, Zürich; Otto **Steiger**, Schriftsteller, Zürich; Jörg **Steiner**, Schriftsteller, Biel; Rudolf **Steiner**, Inhaber Bundes-Fiche, Eisenbahner, St.Gallen; Rudolf **Stocker**, Zürich; Jürgen **Stössinger**, Schauspieler, Binningen;

Verena **Stössinger**, Autorin, Binningen; Helen **Stotzer**, Journalistin, La Chaux-de-Fonds; Hannes **Strebel**, dipl. Architekt HDK, Tramelan; Hans Martin **Studer**, Abteilungsleiter GBH, Zürich; Heinzpeter **Studer**, Publizist, alt Kantonsrat, Teufen; Liliane **Studer**, lic.phil.I., Bern; Jacqueline **Suhr**, Gassenarbeiterin, Bern; Claude C. **Süri**, juriste, Lausanne; Daniel **Süri**, secrétaire CEO, Lausanne; Rolf **Suter**, Student, Zürich; Susi **Sutter Kehlstadt**, Juristin, Basel;

**T** Jakob **Tanner**, Historiker, Lehrbeauftragter Universität Basel; José-Flore **Tappy**, documentaliste littéraire, écrivain, Lausanne; Muriel **Testuz**, travailleuse sociale, La Sarraz; Thomas **Teuscher**, Maurer GBH, Spiez; Michel **Thévoz**, Professeur Université Lausanne, Conservateur Collection de l'Art Brut, Lausanne; Rainer **Thalmann**, Personalvertreter SAH, Zürich; Yvette **Théraulaz**, comédienne, Lausanne; Ernst **Thomann-Nyffenegger**, Ing. HTL, Energieberater, Ursellen; Hans **Thomann**, Künstler, St.Gallen; Heinz **Thommen**, Zentralsekretär GDP, Bern; Pierre **Tillmanns**, municipal, Lausanne; Vreni **Tobler Müller**, Soziologin, Zürich; Gottfried **Tritten**, Kunstmaler, Grimsuat; Fridolin **Trüb**, a. Mittelschullehrer, Liga f. Menschenrechte, St. Gallen; Hansueli **Trüb**, Kantonsrat, Puppenspieler, Abtwil; Alberigo **Albano Tuccillo**, Schriftsteller, Basel; Hanspeter **Tuchschnid**, Zürich; Margrit **Tuchschnid**, Erwachsenenbildnerin, Zürich; Marcel **Turberg**, directeur Ecole sup. de commerce, Delémont;

**U** Tobias **Ueberwasser**, Student, Zürich; Hans **Ulrich**, kaufm. Angestellter, Schönenbuch; Hanspeter **Uster**, Regierungsrat, Baar; Arthur F. **Utz**, Professor em. Ethik u. Sozialphilosophie, Fribourg;

**V** Jean-Claude **Vautier**, médecin, ancien député Grand Conseil VD, Orbe; Hermann-Josef **Venet**, Professor Universität Fribourg; Carlo **Verda**, avvocato, Viganello; Raymond **Vernet**, ingénieur, La Tour-de-Peilz; Hans Peter **Vieli**, Unternehmer, Verwaltungsratsausschuss ABS, Zürich; Marius **Vionnet**, architecte EPFL, Lausanne; Etienne **Visinand**, pasteur, Bussigny; Emmanuel **Vodoz**, architecte, Lausanne; Corsin **Vogel**, Student, Basel; Hannes **Vogel**, Kunstschaffender, Basel; Petruschka **Vogel**, Architektin, Basel; Marianne **Vögeli-Gruber**, Sozialpädagogin, Bern; Walter **Vögeli**, Bildhauer, Bern; Alexandre **Voisard**, écrivain, Fontenais; Peter **Volken**, Mitglied Datenschutzkommission Wallis, Brig; Frida **Vorpe**, vendeuse, Sonceboz; Moussia **Vorpe**, étudiante, Sombeval; Roger **Vorpe**, horloger, Sombe-

val; Sacha **Vorpe**, étudiant, Sombeval; Marc **Vuilleumier**, historien, Genève; Henri **Vuilliamenet**, président Union Syndicale Neuchâtel-Boudry, Neuchâtel;

**W** Martin **Walder**, Vorstand HuK, Zürich; Otto **Wälti**, Rentner, Präs. Interessengruppe, Thun; Sonja **Wälti**, Mitglied Grosser Rat SG, Oberuzwil; Philippe **Wandeler**, psychologue, député, prés. du PCS Fribourg-Ville, Fribourg; Ursula **Wanner**, Sekretärin, Bern; Roland **Wäspe**, Konservator, St.Gallen; Johannes **Wartenweiler**, Student, Journalist, Bern; Marie-Louise **Wattenhofer**, collaboratrice TV, Genève; Rainer **Weibel**, Rechtsanwalt, Fribourg; Afra **Weidmann**, Schriftstellerin, Zürich; Andreas **Weissen**, Polizeipräsident, Brig-Glis; Heidi **Werdenberg**, Schriftstellerin, Schlieren; Marianne **Werner**, Sekretärin, Oberwil; Martin **Werren**, Allschwil; Gisela **Widmer**, Korrespondentin Radio DRS, London; Susi **Wiederkehr**, NOG-RETE, Ottikon; Heinrich **Wiesner**, Schriftsteller, Reinach; Hermann **Wiggli**, Lehrer, Bellach; Stéphane **Willemmin**, ouvrier d'usine, Delémont; Alfred **Willener**, sociologue, Vevey; Jean-Jacques **Winter**, Lehrer, Einwohnerrat, Allschwil; Tanja **Wirz**, Studentin, Zürich; Sabina **Wittwer**, Lehrerin, Basel; Eva **Wohlhauser**, Hausfrau, Basel; René **Wohlhauser**, Komponist, Basel; Sarah **Wolf**, Schülerin, Zürich; Werner **Wüthrich**, Dr. phil., Schriftsteller, Bern; Eva **Wyss**, Journalistin, Redaktorin Radio DRS, Bern; Hanspeter **Wyss**, Cartoonist, Zürich; Laure **Wyss**, Schriftstellerin, Zürich; Arlene **Wytttenbach**, Kantonsrätin, Zug; Judith **Wytttenbach**, Studentin cand.jur., Basel; Jürg **Wytttenbach**, Musiker, Basel; Beratungsstelle **Xenia**, Bern;

**Z** Regula **Zaberer Tuccillo**, Kinderkrankenschwester, Basel; Edy **Zarro**, editore libertario, Caslano; Franziska **Zech**, Betreuerin, Fribourg; David **Zehnder**, Gestalter, Beinwil a. See; Esther Janine **Zehntner**, Lehrerin, Basel; Brigitte **Ziegler**, enseignante, Lausanne; Matthias **Zimmermann**, Präsident VCS, Langenbruck; Ueli **Zingg**, Lehrer, Bern; Monica A. **Zingg**, Dr., alt Präsidentin GPS, Köniz; Walter **Zogg**, Dr. med., Mendrisio; Hélène **Zufferey**, écrivaine, Biberstein; Manfred **Züfle**, Dr.phil., Schriftsteller, Präsident Gruppe Olten, Zürich; Edith **Zumbühl**, Sekretärin VPOD Lehrberufe, Zürich; François **Zutter**, avocat, Genève; **Züri West**, Rockgruppe, Bern; Helen **Zweifel**, Zürich.



# IM DOSSIER FICHEN

Zwischen Fiche und Dossier liegen Welten. Dies hat auch Frau E. aus Zürich erfahren. Hinter ihrem unscheinbaren Fichen-Eintrag («Aktivistin und Mitglied der VPOD-Gruppe Soziale Institutionen des IAP») verbirgt sich Brisantes – wie die Dossierkopien der Zürcher Stadtpolizei zeigen. Die Zürcher Stadt-Schnüffler mussten schockiert feststellen, dass die von «extrem linkspolitischen Personen» am IAP (Institut für angewandte Psychologie) getestet wurden – und für den Polizeidienst empfohlen wur-

den – oder eben auch nicht!! Das IAP besorgt – auch heute noch – die Eignungstest für alle Polizei-Anwärterinnen. Plötzlich entdeckten die Schnüffler den Datenschutz – den ihrer eigenen Daten nämlich. Anders erging es Frau E., die nie Mitglied der VPOD-Betriebsgruppe am IAP war. Ihre (Falsch-)Daten wurden von der Stadtpolizei auf Anfrage dem Sozialamt zur Verfügung gestellt. Frau E. – wen wundert's – erhielt damals die Stelle nicht.

(01912.1/135-70	24. 3. 81	KK IIII-5 / Rep. etc.: Aktivistin u. Mitglied der VPOD-Gruppe SOZIALE INSTITUTIONEN des IAP
	14. 7. 83	Sozialamt: Erhebungsbogen.

STADTPOLIZEI ZÜRICH (01912.1/135-71)

Geschäfts-Nr.	Spez. R.	DK	Tx
	Techn. D.	Deliktsdatum	OPA
	Fachgesch.	Revokation	SPA

Rapport von 5 Zürich, 24. März 1981  
 Dienststelle: Krim. Kom. 3, Ausl. Abt.  
 Betrifft: Tätigkeit einer extrempolitischen VPOD-Gruppe "Soziale Institutionen" am Institut für angewandte Psychologie (IAP) Zeltweg 63, 8052 Zürich.  
 Schutz der persönlichen Daten der Angehöriger der Stadtpolizei Zürich.

**B e r i c h t .**

Am 30.4.1979 wurde an vorgenanntem Institut eine Betriebsgruppe IAP (Institut für angewandte Psychologie) der "Sektion Zürich soziale Institutionen des VPOD" gegründet. Die Gruppe soll noch im gleichen Jahr 40 Mitglieder gezählt haben. Ge-gründet wurde die Gruppe angeblich, weil man unzufrieden war mit den Mitsprachemöglichkeiten der Studenten am IAP und mit der wenig aktiven Rolle des Seminaristenrates. Diese Angaben sind dem beiliegenden roten Informationsbüchlein "Eine Gewerkschaft am IAP: Wieso?" zu entnehmen. Im ersten Artikel dieses Blattes versucht

Hurwitz, Emanuel, Dr. med., gb. 21.2.1935, medizinischer Konsulent des IAP, zu erklären, dass die Psychologen ein politisches Bewusstsein dringend nötig haben. Aus der zweiten, in Fotokopie beiliegenden Informationsbro-schüre vom Januar 1981 geht nun deutlich hervor, dass die Gruppe IAP des VPOD (der VPOD wurde höchstwahrscheinlich nur als Deckmantel und zur Rückendeckung gewählt), extrem links-politisch orientiert ist, sich grösstenteils mit der "Bewegung identifiziert und rege Verbindungen mit bekannten, engagierten extrem linkspolitischen Personen, mehrheitlich Psychoanalytiker der Plattform – jetzt "Psychoanalytisches Seminar" – an-

Beilagen  
 2 Broschüren  
 1 Begleitschr.  
 1 Psychologie heute Nr. 2

STADTPOLIZEI ZÜRICH

ich unter den Dozenten finden wir Persönlichkeiten, deren extrempolitische Einstellung bei uns aktenmässig belegt ist. Es sind dies:

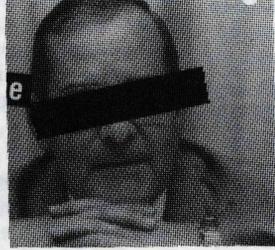
Aktivitäten linksextremer Kräfte sind ja heute in fast allen Bereichen eine Zeiterscheinung. Was für uns Angehörige der Stadtpolizei jedoch schockierend ist, ist die Tatsache, dass wohl praktisch alle durch dieses Institut getestet wurden und werden, und dass die persönlichen Daten jedes Einzelnen dort archiviert sind. Wie ich erfahren konnte, sind diese Akten sowohl für Seminaristen, die eine Semester- oder Diplomarbeit machen, jederzeit zugänglich, selbstverständlich ebenfalls für die Dozenten. Diese Ergebnisse meiner Erhebungen konnten mir von den z.Zt. in IAP in Ausbildung stehenden 5 bestätigt werden. Es liegt nun auf der Hand dass diese extrempolitischen Kräfte – für die jeder Angehörige der Stadtpolizei für ihre gesellschaftsverändernden Bestrebungen ein Dorn im Auge ist – diese Möglichkeit beim Schopfe packen. Es wurde mir versichert – ohne dass es allerdings bewiesen werden könnte – dass diese Quelle missbräuchlich, d.h. zur Veröffentlichung gegen Angehörige der Stadtpolizei verwendet wurde.

Auch unter den Testpersonen dürften sich extreme Elemente befinden, und es ist unter diesen Umständen sehr fraglich, ob die Resultate dann wirklich noch objektiv sind.

Logisch gedacht, dürften diese suspekten Personen an einer qualifizierten Auslese in unser Korps alles andere als interessiert sein.

Zu erwähnen wäre noch, dass sich ein Mitglied der sogenannten "Bewegung" vor der Vereidigung der Kantonspolizeiasspiranten vom 30.1.1981 – wo Aktionen nur des massiven Polizeiaufgebotes wegen ausblieben – äusserte, er könne alle Angaben über die Kantonspolizisten, selbst die Blutgruppe, ausfindig machen. Eine "Quelle" wie das eingangs erwähnte Institut wäre durchaus denkbar.

# Unter den Fichierten hat die WoZ die besten LeserInnen. Gehören auch Sie dazu?!



–Schein

Mit diesem Gutschein erhalten Sie die WoZ  
 vier Wochen gratis, zur Probe  
 oder im Jahresabo (Fr. 191.–)

Vorname: \_\_\_\_\_  
 Name: \_\_\_\_\_  
 Strasse: \_\_\_\_\_  
 PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Einsenden an: WoZ, Postfach, 8059 Zürich  
 oder Telefon 01/201 12 66

# EUROCONTROL SWISS MADE

## Auch ohne EWR und EG – Die Schweiz macht mit

*Elektronische Verarbeitung von (alten und neuen) Fichen, zunehmende Informatisierung der polizeilichen Überwachung, drohender Anschluss an EUROPOL, SIS und EIS, Staatsschutzgesetz in Vorbereitung: Alles spricht dafür, dass sich im Polizeibereich Wesentliches bewegt, wichtige Weichen für die Zukunft gestellt werden. Grund genug für einige Überlegungen zum Stand der Dinge und zu den kommenden Auseinandersetzungen.*

### IDA

Federführend: BFF  
Benutzer: BFF - ARK - FREPO

Informations- und Dokumentationssystem Asyl  
Produktionsstart: März 1993

**Ziele**

- Systematische Aufklärung Migrationsfrage
- Pro Asylanten Verfahren
- Verfahrenserleichterung/Prozesskosten
- Prävention gegen Asylmissbrauch
- Aufnahme nationaler Verfahren
- Basis für Zuständigkeitsklärung

**Rechtliche Voraussetzungen**

**Wirtschaftlichkeit**

### EURASYL

Federführend: BFF  
Benutzer: EG- und EFTA-Staaten  
für Machbarkeitsstudie

**Ziele**

- Systematische Aufklärung Migrationsfrage
- Pro Asylanten Verfahren
- Verfahrenserleichterung/Prozesskosten
- Prävention gegen Asylmissbrauch
- Aufnahme nationaler Verfahren
- Basis für Zuständigkeitsklärung

**Rechtliche Voraussetzungen**

**Wirtschaftlichkeit**

lichen jeweils möglichst viel exekutiv zu präjudizieren und setzen sie auf die normative Kraft des Faktischen, da die einmal bestehenden Einrichtungen dann kaum mehr beseitigt werden können (Beispiel RI-POL; Schengen ist ein Parallelbeispiel auf europäischer Ebene). Der formellen Gesetzgebung, die allenfalls nachgeschoben wird und das absegnen soll, was faktisch schon gemacht wird, weichen sie als Voraussetzung demokratischer Mitsprache solange wie möglich aus.

## Projekt Staatsschutzgesetz

Eine zentrale Auseinandersetzung um polizeiliche Überwachung und damit um die Freiheitsrechte wird über das Projekt eines Staatsschutzgesetzes und über die Behandlung der Volksinitiative «Schweiz ohne Schnüffelpolizei» ablaufen. Der in die Vernehmlassung geschickte Entwurf des Staatsschutzgesetzes hat gezeigt, dass letztlich all die Missbräuche wieder vorprogrammiert sind, die der PUK-1-Bericht als Skandal festgehalten hat. Dass ein neues Staatsschutzgesetz mit dem Referendum bekämpft werden kann, wird aber nicht ausreichen. Weil die Polizeipraxis sich faktisch auch ohne Gesetz weiterentwickelt (und das neue Datenschutzgesetz zudem noch eine Ausnahmeklausel enthält), wird viel von der SoS-Initiative abhängen. Das mit dieser Initiative verlangte Grundrecht der Überwachungsfreiheit bei der Wahrnehmung ideeller und politischer Rechte ist eine wichtige Gegenmassnahme gegen präventiv-polizeiliche Spitzelung im Bereich der inneren Sicherheit. Sie müsste die Schweizer Behörden nicht nur im Innern, sondern auch im Aussenverhältnis, beispielsweise gegenüber den problematischen und grundrechtsbedrohenden Teilen der Schengener Übereinkommen, auf eine freiheitliche Position verpflichten.

Darüber hinaus müssen mindestens vier weitere Problembereiche im Auge behalten werden:

- Nächstes Jahr soll ein Gesetzgebungspaket zum sogenannten Organisierten Verbrechen vorgelegt werden. Dabei besteht die Gefahr, dass der anfangs der achtziger Jahre (im Rahmen einer Vorlage, die ideologisch unter dem Zeichen des Terrorismus stand) gescheiterte Tatbestand der kriminellen Gruppe mit seiner ganzen Problematik (Vorverlegung der Strafbarkeit etc.) in neuem Gewand wiederaufersteht. Bei der Legitimierung neuer Straftatbe-

## Fehlende EG-Mitgliedschaft kein Hindernis

Zunächst zur Frage der EG-Integration, die ja innenpolitisch von grosser Bedeutung und äusserst kontrovers ist: Was heisst der EWR im Polizeibereich, und was kann ein EG-Beitritt im Bereich der inneren Sicherheit bedeuten? Der EWR prinzipiell vorerst einmal nicht viel, weil dieser Bereich nicht zum Acquis Communautaire gehört. Ein EG-Beitritt würde dagegen einiges ändern: Die Schweiz wäre bei EUROPOL und TREVI auch offiziell dabei. Da zu den Maastrichter Beschlüssen zur Politischen Union im Kapitel «Justiz und Inneres» (K) neu ausdrücklich auch die polizeiliche Zusammenarbeit gehört, wäre die Anwendung dieser Beschlüsse – falls Maastricht bei der Ratifikation durch die einzelnen Länder nicht noch durchfällt – bei einem EG-Beitritt auch für die Schweiz programmiert.

Praktisch wichtiger wäre wohl aber der Umstand, dass die Schweiz mit der EG-Mitgliedschaft die bisher fehlende Beitrittsvoraussetzung zu den Schengener Übereinkommen erfüllen würde. Zwar wäre ein Beitritt zu diesen Übereinkommen auch als EG-Mitglied keineswegs zwingend, weil die Schengener Abkommen nicht auf der Ebene der EG abgeschlossen worden sind («EG der unterschiedlichen Geschwindigkeiten»). Es kann jedoch kaum ein Zweifel bestehen, dass das Departe-

ment Koller den Beitritt zum Schengener Abkommen nach der Beseitigung des Hindernisses der fehlenden EG-Mitgliedschaft vorantreiben würde (bereits die Expertenkommission Leuba hat ja aus diesen – polizeilichen – Gründen die EG-Mitgliedschaft empfohlen). Europol und die Perspektiven eines ungehinderten polizeilichen Informationsflusses über die bisherigen Grenzen sprechen aus polizeikritischer Sicht sicher nicht für einen EG-Beitritt. Diese Feststellung gilt auch dann, wenn die Frage der EG-Integration natürlich nicht nur unter polizeilichen Aspekten diskutiert werden darf und die positiven Seiten der Herstellung der Freizügigkeit der Personen im Binnenmarkt nicht vergessen werden.

Kritikerinnen und Kritiker von Europol sind allerdings gut beraten, die Rolle der Schweiz im Polizei-Europa nicht allzu eng mit der Frage der EG-Mitgliedschaft zu verknüpfen bzw. die fehlende EG-Mitgliedschaft vorschnell als positiv abzubuchen. Eins ist klar: die Schweiz ist in diesem Bereich faktisch schon mit dabei, wenn nicht formell, so doch nicht weniger informell. Abgesehen davon, dass der Schweizer Überwachungsstaat den Polizeibürokratien anderer westeuropäischer Länder faktisch in nichts nachsteht, hindert die fehlende EG-Mitgliedschaft die Schweizer Behörden nicht daran, beim Aufbau neuer grenzüberschreitender Institutionen führend mitzuwirken. Paradebei-

spiel ist der Schweizer Vorschlag für eine neue europäische Datenbank EURASYL mit den Fingerabdrücken von asylsuchenden Menschen. Was in anderen Ländern noch berechnete datenschutzrechtliche Bedenken aufwirft (nämlich die flächendeckende Daktyloskopierung einer ganzen Menschengruppe), ist in der Schweiz seit Jahren selbstverständlich und soll nun gerade auch noch im europäischen Massstab umgesetzt werden.

Statt einer abstrakten Auseinandersetzung um die EG-Mitgliedschaft stellt sich somit im Polizeibereich viel mehr die Frage, welche Auseinandersetzungen konkret anstehen und aus kritischer Sicht beeinflusst werden können. Das sind nicht von ungefähr einige Gesetzgebungsprojekte. Die formelle Gesetzgebung ist – als Voraussetzung auch der Referendumsmöglichkeit – vielfach die einzig wirksame Möglichkeit einzugreifen. Was die Bundesanwaltschaft, das EJPD und der Bundesrat tun, bleibt für die Öffentlichkeit nämlich regelmässig im dunkeln und dem Einfluss entzogen. Der Justizweg andererseits funktioniert in diesem Bereich erfahrungsgemäss nicht, deckt das Bundesgericht in knallhart politischen Entscheidungen doch erfahrungsgemäss einfach alles, was der Staatssicherheit und den polizeilichen Interessen in den Augen des Bundesrates frommt (Staatschutzaktenentscheid vom 29. Mai 1991 und RIPOL-Entscheid). Kein Wunder, versuchen die Verantwort-

Bei diesem Text handelt es sich um ein Referat von Nationalrat Paul Rechsteiner, das er an der Tagung EUROPOL – Die Schweiz auf dem Weg ins Polizeieuropa? – am 20. Juni 1992 in Bern gehalten hat.

stände hat die Figur des organisierten Verbrechens auch in der Schweiz den Terrorismus abgelöst. Eng im Zusammenhang damit stehen neue **Repressionswünsche** im bereits **hyperrepressiven Drogenbereich**. Daran, ob es gelingt, eine vorbehaltlose Ratifikation der auf Prohibition und «war on drugs» ausgerichteten internationalen Betäubungsmittel-Übereinkommen (die Vernehmlassungsfrist läuft) zu verhindern, wird sich zeigen, welchen Spielraum die Schweiz für eine Drogenpolitik mit etwas weniger Repression und Prohibition (deren Scheitern ja mit Händen zu greifen ist) überhaupt besitzt. Diese Auseinandersetzung dürfte auch den Aufbau der geplanten nationalen Drogendatenbank (DOSIS) und die Beteiligung an entsprechenden europäischen Bestrebungen prägen. Von Bedeutung ist die **Entwicklung im Drogenbereich** nicht zuletzt deshalb, weil ihr beim Aufbau **neuer polizeilicher Institutionen und Verfahren** eine Vorreiterrolle zukommt. Genau dasselbe trifft für

den Asylbereich zu. Im einen wie im anderen Fall werden **neue Strategien** an einem Ort **erprobt**, wo sich die **Hauptbetroffenen** (Asylsuchende und Drogenabhängige) nicht wirksam wehren können. - Die neue **Datenschutzgesetzgebung** hat im Polizeibereich nun immerhin zum Ergebnis, dass die Herstellung eines On-Line-Anschlusses an SIS und EIS nur mit einer ausdrücklichen formell-gesetzlichen Grundlage möglich wird. Auch für die Einführung der in der Schweiz bisher nicht praktizierten **Rasterfahndung** ist (im Rahmen der Zusatzbotschaft zum Datenschutzgesetz) anerkannt worden, dass eine **ausdrückliche formell-gesetzliche Grundlage** geschaffen werden müsste. Was Datenschutzregelungen – deren **Eckpfeiler** ja die **Einsichtsrechte der Betroffenen** bilden – allerdings wert sind, wenn es darauf ankommt, können wir im Staatsschutzbereich jetzt bei der Behandlung der Vorlage über die **Dossier-einsicht** (in die «alten» Staatsschutzakten) im Parlament erleben.

Obwohl das eigentlich bereits aus der Verfassung abzuleitende **Einsichtsrecht** den Fichierten auch noch generell durch den Bundesrat (in der Verordnung vom 5. März 1990) und in vielen Fällen zudem speziell im Einzelfall versprochen worden ist, soll es den Betroffenen nach dem Mehrheitsentscheid des Nationalrates (Antrag des bereits genannten ehemaligen Polizeidirektors Leuba) durch einen Federstrich wieder **abgesprochen** bzw. vom «Glaubhaftmachen eines Schadens» abhängig gemacht werden. Datenschutz bzw. Einsichtsrechte sollen also da zur Beruhigung dienen, wo von ihnen nicht Gebrauch gemacht wird. Wenn sie von den Betroffenen eingeklagt werden, gelten sie plötzlich nicht mehr viel. - Schliesslich ist eine **Revision des archaischen Bundesstraftatbestandes** angekündigt worden, der im zentralen polizeilichen Ermittlungsverfahren keine wirksamen Parteirechte kennt, nicht einmal nach Abschluss, mit allen fatalen **Konsequenzen** dieser **rechtsstaatlichen Dunkelkammer**. Ungelöst bleibt nach wie vor auch die Frage der **ausufernden Staatsschutzdelikte** im Strafgesetzbuch.



Die vom Bundesrat 1991 eingesetzte «Arbeitsgruppe strategischer Nachrichtendienst» hat ihren Bericht abgeliefert. Darin wird vorgeschlagen, die **UNA** (Untergruppe Nachrichtendienst und Abwehr im EMD) zu einem **sicherheitspolitischen Nachrichtendienst** auszubauen, der sich künftig nicht nur um Militärisches, sondern auch um Fragen der Wirtschaft, Demographie und Ökologie kümmern soll. Der sicherheitspolitische Nachrichtendienst der Armee soll aber gemäss Bericht weiterhin die Funktion eines «operativen Auslandnachrichtendienstes» erfüllen und zu diesem Zweck personell verstärkt werden. Dass dabei dem 'Quellenschutz' ein hoher Stellenwert zuerkannt wird, mag nicht weiter erstaunen, heisst es doch wörtlich im Bericht – vorausgesetzt «unsere» Quelle, die NZZ vom 7.9.92, ist zuverlässig: «Die Arbeitsgruppe ist der Meinung, dass wir im Interesse unserer Staatsführung Quellen brauchen. Sie tritt deshalb für ihren Schutz ein.» (Die obige Illustration stammt aus einem EJPD-Schaubild über «Agententätigkeit» aus dem Jahr 1992!)

## EURASYL: EINE NEUE SCHWEIZER DIENSTLEISTUNG FÜR EUROPA

Heute die Asylsuchenden und morgen...?

Rund **hundert neue Stellen** und einen **Grosscomputer** sieht die von der Schweiz den EG- und EFTA-Staaten im Juni 1992 präsentierte EURASYL-Studie vor. Jährlich sollen damit über eine **halbe Million Asylsuchende** anhand ihrer **Fingerabdrücke** registriert werden. Für Schweizer Verhältnisse wäre EURASYL ein Riesenvorhaben. Bundesrat Koller ist aber offenbar nichts zu gross, um den **Anschluss ans Polizeieuropa** – EWR- und EG-Debatte hin oder her – nicht zu verpassen. Für erstmalige Investitionen sind 16 Millionen Franken, für den jährlichen Betrieb 18 Millionen Franken budgetiert. Mit EURASYL soll das **Dubliner Erstasylabkommen** endlich in die Tat umgesetzt werden. Und ausgerechnet die «humanitäre» Schweiz ist es wieder, die, wenn es um die Abschreckung von Flüchtlingen geht, wieder einen «handfesten» Vorschlag unterbreitet. Rechts- und gesellschaftspolitische Fragen werden in der Studie – wie könnte es anders sein – praktisch ausgeklammert.

Die Studie (60 Seiten, Fr. 12.- inkl. Versandkosten) ist erhältlich beim Komitee Schluss mit dem Schnüffelstaat, Postfach 6948, 3001 Bern, Tel. 031/45 48 58 oder über Fax 031/45 22 58.

## Nationale Entscheidungen

Die Entscheidungen in diesen fünf Bereichen (unter Einschluss der zentralen Auseinandersetzung um die SoS-Initiative und das Staatsschutzgesetz) werden national, in der Schweiz fallen. Sie werden aber gleichzeitig entscheidend dafür sein, ob und wie sich die Schweiz ins Polizei-Europa einfügt, ob wie bisher als Musterschülerin, ohne Mitglied der EG zu sein, oder als ein Land, das stärker den Grund- und Freiheitsrechten verpflichtet ist. Die Freizügigkeit der Personen und der Abbau von Grenzen ist sicher ein begrüssenswerter Prozess. Und auch dagegen, dass die Schweiz im Waffenrecht oder in der Amtshilfe bei Fluchtgeldern international stärker kooperiert, ist nichts einzuwenden. Bei der polizeilichen Überwachung und Bespitzelung von Menschen, die von ihren Grundrechten und ideellen Freiheitsrechten Gebrauch machen, kann das Misstrauen aber nicht gross genug sein. **Weder national noch europäisch gibt es zwingende Gründe dafür, weshalb der Abbau der Grenzen mit den drohenden polizeilastigen Entwicklungen gekoppelt sein muss.** Es zeigt sich aber auch, dass die **nationale Sichtweise von Zusammenhängen**, welche die Dimensionen des Nationalstaates längst sprengen, **nicht mehr genügt**. Auch im Polizeibereich – bei der Abwägung von Sicherheit und Freiheit – geht es deshalb darum, Öffentlichkeit als Voraussetzung demokratischer Prozesse über die nationalen Grenzen hinaus herzustellen, damit die Freiheitsrechte nicht auf der Strecke bleiben.

## Kanton Zürich: Einsicht in Fichen und Akten läuft

Der mit dem Einsichtverfahren betraute Alt-Richter Dr. jur. **W. Landwehr** hat sich in etwa **12 Fällen** (von 750) als «**befangen**» erklärt und die Behandlung der Fichen- und Akteneinsicht abdelegiert. Einerseits weil er mit den Betroffenen per Du bzw. gut befreundet sei, andererseits aber auch, weil es sich bei den Fichierten um ehemalige Angeklagte, denen er als Richter gegenüberstand, handelt. Der kantonale Fichendelegierte verwaltet u.a. auch die Staatsschutzakten von Winterthur. Beim Winterthurer Prozess gegen A.S. war Landwehr Ko-Referent. Die Fichierten erhalten vom Kanton Zürich Fichen und Akten. Alle Unterlagen werden vor Versand von Landwehr persönlich durchgelesen und – wo notwendig – zensuriert. Zur Aufbereitung der Akten stehen drei Angestellte der Kantonspolizei zur Verfügung, Totalverweigerungen von Einsichtsgesuchen stehen beim Kanton Zürich bisher nicht zur Diskussion. **Fichen-Fritz ruft alle EmpfängerInnen** von kantonalen Akten dazu auf, Kopien nach Bern zu schicken: Komitee Schluss mit dem Schnüffelstaat, Postfach 6948, 3001 Bern. Selbstverständlich werden alle Unterlagen vertraulich behandelt.

NEU! CILIP 42

Bürgerrechte & Polizei

Schwerpunkt:

Polizeilicher Staatsschutz

Bestellungen an die Redaktion:  
Bürgerrechte & Polizei/CILIP  
c/o FU Berlin  
Malteser Str. 74-100  
1000 Berlin 46  
Tel.: 030/7792-462

Preis/Einzelheft: DM 10 p. V.  
Jahresabo (3 Hefte)  
Personen: DM 24 p. V.  
Institutionen: DM 45 p. V.

# Computer-Cocktail-Party im EJPD



Am 7. September 92 war es endlich soweit. Der «Tag der offenen Computer-Bildschirme» im EJPD wurde von niemand geringerem als Bundesrat Koller persönlich eröffnet. Er freute sich, dass für einmal gegen ein Gesetz aus seinem Departement (Datenschutzgesetz) das Referendum nicht ergriffen worden ist. Und da waren sie alle versammelt, die

«crème de la crème»: **Staatschützer Padrutt, Drogenfahnder Krauskopf, Ausländercontroller Hunziker, Asylverwalter Arbenz** und – so ziemlich an den Rand gedrückt – einige Mitarbeiter des Dienstes für **Datenschutz**. Ihr Informationsstand gehörte bezeichnerweise **nicht zum offiziell abgesteckten Parcours!** Dafür natürlich

alle anderen **Datenbanken des EJPD**: Von **RIPOL** über **ZAR** und **AUPER** zu **ISIS** und **ASTERIX**, von **IDA** und **AFIS** zu **TDVBA** bis hin zu Ausbauprojekten bestehender oder neuer Datenbanken. Die wohl zynischste Abkürzung erhielt die Drogendatenbank, kurz **DOSIS** genannt.

Die Frage nach Sparmassnahmen stellt sich offenbar in diesem Bereich gar nicht, im Gegenteil: **ISIS** wird ab 1. Oktober 92 eingespeist, **DOSIS** wird zur Zeit noch im internen Betrieb getestet und soll noch dieses Jahr in eine Versuchsphase überführt werden, im **RIPOL** ist die Schaffung einer Datenbank für ungeklärte Straftaten geplant usw. usf. Und Party-Chef Koller dazu: «Es ist immer wieder eindrücklich zu sehen, wie **vernetzt** unsere postmoderne Welt in sehr kurzer Zeit geworden ist...Es bleibt zu hoffen, dass wir uns dabei nicht verstricken. In etwas verstricken, das wir nicht gewollt haben. Ichelpreche die **Frage des Masses** an, mit dem wir uns die Technik zu Nutzen machen wollen. Zu viele – vernetzte – Systeme lassen sich beim Überschreiten einer gewissen Schwngle auch mit erheblichem Aufwand kaum noch zuverlässig kontrollieren. Es besteht die Gefahr, dass aus zu vielen Einzelsystemen «**faktische Grosssysteme**» entstehen, die unübersichtlich werden, und deren technische Sicherungsmassnahmen sich gegenseitig zu 'unterlaufen' beginnen. Vorbeugen im Bereich der Sd herheit heisst daher auch, wie ich meine: **Mass**

halten und eine gewisse **Bescheidenheit üben.**»

**Mass halten?** Im **ZAR** zum Beispiel sind 4,1 Millionen AusländerInnen registriert (!), **30'000 neue Fichen warten darauf, ins ISIS eingegeben zu werden**, 531'000 Personen sind im **ASTERIX** aufgeführt (Automatisierter Strafregisterindex), 334'000 Personen (ohne Asylsuchende) im **AFIS** (Automatisiertes Fingerabdruck – Identifizierungssystem), 110'000 polizeilich gesuchte Personen im **RIPOL** – die Liste lässt sich beliebig fortführen.

**Fichen-Fritz-LeserInnen-Service:** Beim Komitee Schluss mit dem Schnüffelstaat können unter dem Stichwort «**EJPD-Datenbanken**» die wichtigsten Unterlagen bestellt werden: Referate, Übersichtslisten und kleiner Pressespiegel zu Fr.15.- inkl. Portokosten.

## WANTED

...zur Mitarbeit im Verbindungsbüro (Informationsdienst) des Polizeidienstes der Bundesanwaltschaft. Übersetzen und Erstellen von vorwiegend englischen (!?) Texten aus dem Bereich des Staatsschutzes...Abgeschlossene kaufmännische Ausbildung, selbständige Arbeitsweise, sehr gute Englischkenntnisse...  
Telefon 031/61 45 42 gibt Auskunft!

Dieses Inserat ist kein Witz, und deshalb auch nicht zum Lachen...

## Die glorreichen Zwölf!

«Wir müssen akzeptieren, dass die Fichenaffäre gezeigt hat, wohin es führt, wenn eine polizeiliche Suchaktion ohne das Leitbild einer konkreten Bedrohungslage sich sozusagen selber die Aufträge gibt. Das Staatsschutzgesetz im Entwurf sorgt dafür, dass sowas nie wieder passieren kann, es sorgt dafür auf eine verblüffende Art: Es setzt eine Expertenkommission ein, die nunmehr für den Entwurf von Bedrohungsbildern zuständig ist und die nunmehr dafür zuständig ist, dass dem Staat die Bedrohungsbilder nicht ausgehen.

Das steht im Gesetz so drin und zwar wörtlich: 'Der Bundesrat umschreibt den allgemeinen Staats-

schutzauftrag und passt ihn periodisch der Entwicklung der Bedrohung an'. Die Bedrohung wird postuliert, dies ist auch ganz natürlich und einfach. In bedrohungslosen Zeiten liegt die Bedrohung immer darin, dass diese bedrohungslose Zeit zu Ende gehen könnte, daraus entsteht ein unendlicher Leerlauf auf der Suche nach Bedrohungsbildern, die Schweizer Fichenaffäre hat dies gezeigt.» Soweit Prof. Krauss an der vom Komitee organisierten EUROPOL-Tagung vom 20 Juni 92 in Bern.

Und dies sind die «ExpertInnen» – immerhin war doch noch eine Expertin zu finden: Ulrich Faessler, Vorsteher des **Polizeidepartementes** des Kantons Luzern; Lauren

Walpen, **Polizeikommandant** des Kantons Genf; Prof. Lucius Cafilisch, **Botschafter**, EDA; Prof. Lutz Krauskopf, **Direktor des Bundesamtes für Polizeiwesen**; **Divisionär** Peter Regli, **Chef Untergruppe Nachrichtendienst und Abwehr (UNA)** im EMD; Urs von Daeniken, **Chef Bundespolizei a.i.**, Bundesanwaltschaft; Prof. Urs Altermatt, **Historiker**, Universität Freiburg; Carla del Ponte, **Staatsanwältin** des Kantons Tessin; Prof. Curt Gasteyer, **Institut Universitaire de Hautes Etudes**, Genf, François Gross, **Chefredaktor** Radio Schweiz International, Jacques Pilet, **Chefredaktor** Le Nouveau Quotidien; Heinrich Steinmann, **Generaldirektor** Schweizerische Bankgesellschaft.